

Gewerkschaft

Organ des Verbandes der Gemeinde- u. Staatsarbeiter

Zeitschrift zur Vertretung der wirtschaftlichen und sozialen Interessen der
Arbeiter und Unter-Angestellten in Gemeinde- und Staatsbetrieben

XXXII. Jahrgang

Berlin, 13. Januar 1928

Nummer 2

Inhaltsverzeichnis

Rückblende auf das Jahr 1927	E. D.
Die Lohnsteuer	Dr. P. Herz
Privatwirtschaft und Gemeinwirtschaft	Dr. E. Nölting
Der Kleingarten	A. R.
Obstbaumpflege	* *
Das Anbinden der Bäume	* *
Abchluß der Hauptkasse vom 3. Quartal 1927	* *
Nordwestdeutsche Wasserstraßenkonferenz	* *
Kampf dem Alkoholismus	* *
Die Eisene Feste II	
Technik und Verkehr • Reichs- und Staatsarbeiter • Verkehrsbetriebe • Aus unserer Bewegung • Rundschau	



Schriftleitung: Emil Dittmer

Redaktion und Expedition: Berlin SW. 36, Schlesische Straße 42 / Telefon: Moritzplatz 3105/06, 11044

Zigaretten
ein feiner Genuss

Zerolith 5 Pf.
Thadmor 4 Pf.
Arbetersportler 4 Pf.

IM KONSUMVEREIN

SIGURD-FAHRRÄDER
nach gegen
TEILZAHLUNG

GARANTIE-RAD -68-
SPEZIAL-RAD -44-

Katalog gratis von der
SIGURD-GESELLSCHAFT, FAHRRAD-
FABRIK, KASSEL 107

Raucht
GARBÁTY
Baccarat

5

Lassen Sie sich nicht verblüffen
durch marktschreierische
Reklame, sondern ver-
langen Sie, wenn Sie eine

Nähmaschine
oder
Sprechmaschine
benötigen, unsern Katalog
gratis und franko

Fahrradhaus Frischeauf, Offenbach a. M.
Eigentum des Arbeiter-Radfahrer-Bundes Solidarität

Einestimmig beste Bezugsquelle für
billige böhmische Bettfedern!

1 Pfund graue, gute ge-
schliffene Bettfedern 80 Pf.
bessere Qualität 1.- M.
halbweiße, flaumige 1.20 M.
und 1.40 M.; weiße, flau-
mige geschliffene 1.70 M.
2.- M., 2.50 M., 3.- M.; feinste, geschliffene
Halbflaum-Hertha-Bettfedern 4.- M., 5.- M.,
6.- M. Graue Halbdaunen 2.75 M., Rapp-
federn, ungeschliffene mit Flaum gemengt, Halb-
weiße 1.75 M., weiße 2.40 M., 3.- M.; alter-
feinster Flaumrapp 3.50 M., 4.50 M. Versand
jeder beliebigen Menge gesteuert gegen Nachnahme
von 10 Pfd. an franko Umschlag gestaffelt oder
Geld gerät. Muster und Preisliste kostenlos.
S. Benisch, Bettfedernexport in Prag XI. Böhm.

MUSIK-Sprech App.
Gratis

ausführt Aufklar. Schritzw. Pacht Katalog 88
Sie erhalten aus erster Hand wirklich billige
App. zu 28, 31, 33, 35, 60, 75, 93 bis zu 6. feinsten
Klein-Federbruch durch Überdrehen (ORP)
Klar, vollkomm. Naturton. Ganz fl. Monotonat.
Schallplatte erst. Firmen woch. ab 15 Pfd.
D. Gröhl, Leipzig 6. 85

Echter
Hanewacker
der berühmte Nordhäuser
Kautabak

**TRINKE KAFFEE NUR
VON WESTPHAL**

Gerösteter Kaffee,
rein schmeckend, frisch geröstet.
Pfd. RM 2.75
3 Pfd. portofrei zur Probe
Westphal-Mischung, Pfd. RM 0.75
Kaffee-Bratz-Mischung,
Blechdose mit ca. 6 1/2 Pfd. Inhalt,
portofrei RM 6.40
Versand portofrei gegen Nachnahme.
Bei Nichtgefallen Zurücknahme.

Gustav Westphal, gegr. 1897
Altona 724, Hamburg

Billigste u. reellste neuen Gänsefedern
Bezugsquelle in
wie von der Gans gerupft mit vollen Daunen
Pfd. 3.00, dieselben doppelt gerissen 3.50,
kleine Federn Halbdaunen 5.00, sehr zarte
6.00, dreiviertel Daun. 6.50, gerupfte, gerissene
Federn mit Daunen 4.00 u. 5.00, hochprima 5.75,
allerfeinste 7.50, la. Voll-daun. 9.00 u. 10.50. Für
reelle staubfr. Ware Garant. Nehme nichtgew.
auf meine Kosten zurück. Versand gegen
Nachnahme, ab 5 Pfd. portofreie Lieferung.
Radolf Gleich, Gänsemanufaktur, gegr. 1852, Neu-Trebbin 3, Oderbruch

Feinstes Tafel-Pflanzenmin
garant. rein, unübertroffen im Geschmack.
Dankschreiben u. Nach-
bestellungen fortgesetzt.

10-Pfd.-Postleimer M. 1.60
25- Bahneimer M. 8.50
30- praktische Emailleimer M. 10.50

la. Speise-Syrup
10-Pfd.-Postleimer M. 1.-

Tafel-Senfurken
die 8-Pfd.-Postdose M. 4.75
ab hier, unter Nachnahme.

Fritz Kleine, Magdeburg-Gr. 199.

Ein schönes Weihnachtsgeschenk
dabei billig, ist unsere Garnitur Nr. 5, stollig-
wie Bild, bequemste Klubbform, stabile Werk-
arbeit zu nur Mk. 55.-; weiß gebleicht, mit
Sitz- und Rückenpolster, Mk. 90.- (Brom-
gebetst. Je mit 10% Zuschlag. Einzelne Klub-
gesessel 1/2 der Garniturpreise. Lieferung gegen
nur 1/2 Anzahlung, Mk. 3.- bis Mk. 5.-
Wochenzahlung. Vorauskass. 10% Rabatt.
Bestellen Sie zeitig. Reichhaltiger Katalog
auf Wunsch. Tischdecke Mk. 5.-
Korbmöbelfabrik „Merceden“, Daiber & Geiser,
Orsch (Württ.).

Reellste Bezugsquelle:
Neue Gänsefedern
wie von der Gans gerupft mit voll. Daunen
dopp. gereinigt Pfd. 2.50, dies. beste Qualität
3.50, nur kl. Federn (Halbdaunen) 5.00, 1/2
Daunen 6.75, gerein. gerissene Federn mit
Daunen 4.00 und 5.00, hochprima 5.75, aller-
feinste 7.50, la. Voll-daunen 9.00 u. 10.50. Für
reelle staubfr. Ware Garantie. Versand geg.
Nachn. ab 5 Pfd. portofr. Nichtgef. nehme
auf meine Kosten zurück. Willy Mantel, f.
Gänsem., gegr. 1852, Neutrebbin 3b (Oderbr.).

Obstweine
(Apfel-, Erdbeer-, Johannisbeer-,
Stachelbeer-, Heidelbeer-, Brom-
beer-, Kirschen-, Wermutwein usw.)

Edelobst-Marmeladen
u. Gelees, Fruchtsäfte,
Alkoholfreie Frucht-
moste,
Gemüse-, Pilz- und
Früchte-Konserven
empfiehlt in ganz erstklassiger Ware
billigst

Fhrnl. v. Friesenache Gartendirektion,
G. m. b. H.,
Rötha bei Leipzig. (P)
500 Morgen eigene Obst- und Beerenobstplantagen.
Versand in Korbflaschen, Fässern und
Flaschen.
Preislisten auf Wunsch portofrei.
Vertreter in allen Orten gesucht.

Von 30jährigem Magenleiden befreit!

Bestenfalls Dankschreiben als Beweis:
Unterzeichnete litt seit 30 Jahren an Magenschmerzen, die sich von Jahr zu
Jahr steigerten. Alle Bänderungsmittel, die ich angewendet habe, schlugen nicht
an. Durch Zufall habe ich in einem alten Kalender das Inserat von dem
Verbaria-Magenbittertee gefunden. Nach einer Kur von 6 Wochen mit diesem
Tee, den ich dreimal am Tage trank, ist all meine Schmerzen los. Ich kann
jetzt wieder jede Nacht schlafen, kann auch alles essen, was vorher nicht der
Fall war. Schon nach den ersten 3 Tagen hatte ich Bänderung verspürt. Allen
Magenleidenden kann ich diesen Tee nur empfehlen. Ich möchte die Kur noch
einige Wochen fortsetzen und bitte um umgehende Zusendung von 3 Packen
Verbaria-Magenbittertee Nr. 68.
C. B., Reichsbahn-Amtmann, S.

Was Aergte innerhalb 3 Jahren nicht fertigbringen konnten, hat Ihr Magen-
tee innerhalb 3 Wochen erreicht! Ich war nach drei Wochen schon gesund,
aber da ich den Tee nicht mehr ausgeben lassen möchte, bitte ich um weitere
3 Pakete unter Nachnahme usw.
Paul Oswski, Straßburg.

Ich litt seit 4 Jahren an Magengeschwüren, verbunden mit Magenkrämpfen
und kolossalem Ueberfluß an Magensäure. Aufmerksam gemacht durch Ihr
Inserat in der „Münchener Zeitung“, ließ ich mir in der Oden-Apotheke,
obwohl ich wenig Vertrauen auf Besserung meines Leids hatte, weil ich

schon alle möglichen Kuren erfolglos machte, ein Paket von Ihrem Verbaria-
Magenbittertee holen und war geradezu erstaunt über die wohlthuende Wirkung, schon
nach den ersten Tassen. Es stellte sich wieder Appetit ein, das lästige Wasser-
brechen und die Krämpfe blieben aus, so daß ich Hoffnung hatte, endlich durch
diesen Tee zu genesen. Auf diese Wirkung hin wollte ich mir gleich 3 Pakete
holen lassen, aber umsonst, denn der Apotheker hatte den Tee ausgehen lassen.
So etwas ist mir unverständlich. Ich bitte Sie deshalb, mir sobald als möglich
3 Pakete zuzusenden, und danke ich Ihnen schon dafür im Voraus. Selbst-
verständlich werde ich nicht verdräumen, den Tee allen Magenkranken bestens
zu empfehlen.
Theo Barth, Nürnberg.

Trotzdem wie unseren Philippsburger Verbaria-Magenbittertee nicht als
Reizmittel oder Magenheilmittel, sondern als diätetisches Appetitanregungs-
und Magenstärkungsmittel anbieten und verkaufen, sind uns ohne unser Zu-
helfen innerhalb 4 Jahren mehrere Tausend ähnliche Dankschreiben freiwillig zu-
gekommen. Wir ersparen uns deshalb jedes weitere Wort und raten nur
jedermann, unseren Verbaria-Magenbittertee nicht unversucht zu lassen.
Prospekt gratis. Paket 8.20 Mk., 3 Pakete 9 Mk. franko. (Kur: 3-6 Pakete.)
Alleiniger Hersteller:
Verbaria-Kräuterparadies, Philippsburg M. 305 (Baden).

Gewerkschaft

Zeitschrift zur Vertretung der wirtschaftlichen und sozialen Interessen der Arbeiter und Unter-Angestellten in Gemeinde- und Staatsbetrieben
Organ des Verbandes der Gemeinde- und Staatsarbeiter

Redaktion u. Expedition: Berlin SO. 36
Schlesische Straße 42 (Redakteur E. Dittmer)
Fernsprecher: Amt Morikplatz 11944

Staats- und Gemeindebetriebe
sollen Musterbetriebe sein!

Erscheint wöchentlich am Sonntag
Bezugspreis:
monatlich durch die Post 50 Pf.

Rückblicke auf das Jahr 1927

II. Die deutschen Gewerkschaften.

Man muß sich in Erinnerung bringen, daß noch auf dem Gewerkschaftskongreß in Breslau 1925 40 Organisationen im ADGB vorhanden waren, als der Kompromißbeschluß zustande kam, die Zusammenlegungen der Organisationen nach Maßgabe des freien Willens der Mitglieder durch die Verbandstage zu gestalten. Es muß nach nunmehr eineinhalb Jahren festgestellt werden, daß sich diese Tendenz recht gut durchgesetzt hat. Wir haben gegenwärtig noch 35 Organisationen. Allerdings bleibt bestehen, daß die größere Hälfte davon kleine und mittlere Organisationen sind, deren Anschluß an große Industrieverbände dringend erforderlich wäre. Es ist leider weder dem Baugewerksbund noch dem Metallarbeiterverband bis jetzt gelungen, die Teilorganisationen im Bau- resp. im Metallgewerbe (die Verbände der Zimmerer, Dachdecker, Kupferschmiede) zu sich herüberzuziehen. Erst, wenn die kleinen Organisationen völlig eingruppiert sind, läßt sich auch die Gesamttaktik sowie der innere Aufbau der deutschen Gewerkschaften einheitlicher gestalten und die Autorität des ADGB-Dorstandes wird nach außen hin stärker in Erscheinung treten.

Wir betonen das deswegen, weil gegenwärtig die „Wirtschaftsführer“ sich wieder sehr häufig machen mit ihren Denkschriften, Forderungen und Notprogrammen, um einmal die Gesetzgebung zu ihren Gunsten in Bewegung zu setzen und zum andern Staat, Länder und Gemeinden zurückzudämmen in der öffentlichen Wirtschaft. Die Privatwirtschaft hat gegenwärtig eine Profitgier ohnegleichen. Trotz der anerkannten großen Kapitalnot schaut man aus, wie man den öffentlich-rechtlichen Betrieben an irgendeiner Stelle die Wirtschaft abnehmen kann, um sie in private Hände zu übergeben. Das ist der gegenwärtige Stand der Dinge.

Geht man nun ins einzelne, so sehen wir immerhin eine erfreuliche Entwicklung der Aktionskraft der deutschen Gewerkschaften. Zu Anfang des Jahres verloren die Metallarbeiter den Kampf um den Achtstundentag. Aber derselbe Metallarbeiterverband hat in den letzten Monaten sowohl an Mitgliederzahl wie auch an Schlagkraft gewaltig aufgeholt. Wenn auch das Gesamtergebnis in Rheinland-Westfalen in bezug auf die Schwerindustrie nicht voll befriedigt, so ist doch ein Schritt vorwärts getan, der fast einzig und allein dem Metallarbeiterverband zu danken ist. Weitere Vorstöße wer-

den folgen. Wenn nun der Zustrom im Metallarbeiterverband so vorhält wie in den letzten Monaten, so darf man sicher sein, die Gesamtarbeiterschaft spürt die Resonanz dieses Kampfes und wird dort, wo es sein muß, entsprechend nachhelfen.

Im Fabrikarbeiter-Verband hat sich in der inneren Auffassung über Organisationsentwicklung insofern wieder eine fortschrittliche Tendenz durchgesetzt, als der Verbandsbeirat auf seiner letzten Tagung u. a. beschloß: „Wir wollen durch die Betriebsorganisation zum Industrieverband“. Damit ist die Linie aus der früheren Zeit wieder eingenommen, und wir haben die gemeinsame Tendenz festzustellen zur stärkeren Konzentration in Großverbänden.

In einer Kundgebung des ADGB., des AfA-Bundes und der Hirsch-Duncker'schen Gewerkschaften ist energisch auf die Erringung des Achtstundentages und seine Notwendigkeit hingewiesen worden. Die Verbände der Lebensmittel- und Getränkearbeiter, Nahrungs- und Genussmittel, Fleischer und Böttcher haben sich in Leipzig zu einem „Nahrungsmittel- und Getränkearbeiter-Verband“ zusammengeschlossen, so daß wenigstens dieses Kuriosum der deutschen Gewerkschaften, zwei Verbände mit ähnlichen Namen und ähnlichen Organisationsgebieten nun nicht mehr besteht.

Es ist in der kommunistischen Presse wie in der Gewerkschaftspresse (wenn auch in ganz verschiedenem Sinne) in den letzten Monaten sehr viel diskutiert worden über die mehr oder minder zwangsläufige Wirkung der Schiedsprüche der Schlichter sowie die Verbindlichkeitserklärung derselben. Wir sprechen hier deutlich und klar aus, daß es uns verfrüht erscheint, jetzt ein Endurteil abzugeben über die Tätigkeit der Schlichter und die Verbindlichkeitserklärungen, die doch laut Statistik zumeist von den Arbeiterorganisationen gefordert worden sind. Es muß auch besinnlich stimmen, daß die Unternehmer heftigen Protest und Widerspruch erheben gegen die Beschlüsse der Schiedsgerichte. Wir wollen nun beileibe nicht den einzelnen Schiedsspruch als befriedigend für die verschiedenen Gewerkschaftsgruppen ansehen. Aber wir möchten doch sagen, in einer Zeit, da noch allzuviel Unorganisierte vorhanden sind, ist der Weg des unmittelbaren zielklaren Kampfes ganz bestimmt nicht immer zu beschreiten. Daran ändern auch Schlagworte und Parolen in der politischen Tagespresse nichts. Es kann niemand wollen, daß wir von einer Niederlage in die andere geraten. Diese Gefahr besteht ganz sicher, wenn wir uns nicht einer gewissen Gewerkschaftstaktik befleißigen würden, die aus den gegebenen Situationen jeweils herauswächst. Gerade, weil wir der Mei-

nung sind, daß der Arbeiterschaft alle Mittel recht sein müssen in ihrem Vorwärtsdrängen und daß entscheidend der Erfolg ist für die Mittel, die angewendet werden, muß klipp und klar gesagt werden, daß im verflossenen Jahre die Möglichkeit zu Großkämpfen nur an wenig Stellen gegeben war. Bringen wir uns in Erinnerung, daß der Jahresdurchschnitt der Mitgliederzahl des ADGB. 1926 nur 3 977 000 war. Gegenwärtig ist er auf 4 200 000 gewachsen. Er müßte mindestens 6 Millionen sein, um sagen zu können: wir sind so stark, daß das Unternehmertum unsere Positionen voll respektiert.

Gegenwärtig wächst die Zahl der Gewerkschaftsmitglieder in flottem Tempo. Die innere Struktur der Verbände beginnt sich schärfer zu markieren. Nicht nur in den Verbänden der Metallarbeiter, der Fabrikarbeiter und Gemeindearbeiter, haben sich die Bildungsbestrebungen zu festen Institutionen ausgewachsen, die einen Stamm von elementar geschulten Funktionären aufweisen, sondern schon in nächster Zeit dürften die beiden Bundeschulen des ADGB. Wirklichkeit werden. Dann wird in noch großzügiger Weise auf breiter Basis die Einheitlichkeit des Kampfes ermöglicht. Es wird auch auf Grund des tieferen Eindringens in die wirtschaftlichen Zusammenhänge nicht mehr Konjunkturpolitik auf Tag und Stunde getrieben, sondern darüber hinaus werden große Teile der Funktionäre selber in der Lage sein, zu erkennen, wann man einen Kampf aufnimmt und auf welcher Basis dieser Kampf durchgeführt wird. Wir sind überzeugt, daß in den nächsten Jahren die Anforderungen an gewerkschaftlichen Gebieten sich weiterhin gewaltig steigern werden, zumal das deutsche Unternehmertum geradezu ein Talent der Unbelehrbarkeit aufzeigt, wie es im internationalen Unternehmertum kaum aufzuweisen ist. Es ist schon möglich, daß auch eine Generalabrechnung eines Tages notwendig werden könnte. Diese Generalabrechnung mit dem Unternehmertum werden wir uns aber nicht im Zeittermin durch unsere Gegner vorschreiben lassen, sondern wir werden diesen Kampf führen, wenn wir dazu stark genug sind.

Gewiß kann auch ein Abwehrkampf notwendig werden auf breiter Basis. Aber der englische Bergarbeiterstreik und der Generalstreik der englischen Gewerkschaften hat uns doch unzweideutig gelehrt, daß man diese Dinge fest in der Hand halten muß und daß die gefühlsmäßige Regung der Empörung und des Unwillens allein ein ungenügendes Kampfmittel ist. Die beiden Kämpfe größerer Art, die Tabakarbeiteraussperrung und der Kampf der mitteldeutschen Braunkohlenarbeiter haben erfreulicherweise nicht die Zeitausdehnung bekommen, als zunächst angenommen wurde. Im Braunkohlenrevier ist ein ganz ansehnlicher Erfolg der Arbeiterschaft aufzuweisen, wenngleich hier ebenso wie in der Heimarbeit der Tabakindustrie auch heute noch erbärmliche Elendlöhne vorhanden sind. Aber mit einem Male kann man solche Mißstände eben nicht beseitigen. Hier muß von Zeit zu Zeit nachgestoßen werden. Das schlen uns auch die richtige Taktik bei den Lohnbewegungen, die wir in den letzten Wochen und Monaten in den verschiedenen Industrien beobachten konnten. Nicht mit einem Streiche können wir unsere Forderungen durchsetzen, sondern in dem Maße unserer gesamten Organisationsstärke sind auch nur unsere Erfolge und Teilerfolge möglich.

Ein nicht geradezu erfreuliches Ereignis war der internationale Gewerkschaftskongreß in Paris vom 29. Juli bis 10. August 1927. Der allzu persönlich zugespitzte Streit um die Person Oudegeest brachte einen unerfreulichen Auftakt, der zur Klärung der Gesamtsituation wahrlich nicht beigetragen hat. Heute, da Oudegeest als erster sozialdemokra-

tischer Parteivorzüglicher in Holland gewählt ist, wird auch seinen Gegnern klar werden, daß die Angriffe in vieler Beziehung stark übertrieben waren. Auch das zweite Moment, die Hoffnung, daß die dritte Internationale doch bald den Anschluß an Amsterdam, oder richtiger an die zweite Internationale finden werde, ist jetzt selbst in England so gut wie aufgegeben. So war und ist es nur noch eine Prestigefrage, ob Purcell oder Hicks Vorsitzender des IGB. sein soll. Die Frage der Sitzverlegung ist jedenfalls so gut wie entschieden. Deutschland wird über kurz oder lang wieder der Sitz des Internationalen Gewerkschaftsbureaus sein. Wir sprechen offen aus, daß wir auch in Frankfurt a. M. oder einem andern Orte keine glückliche Lösung sehen. Wir halten nach wie vor Berlin als den einzig geeigneten Zentralpunkt in Deutschland dafür. Wir hoffen, daß die Erörterungen in und nach Paris doch das eine ergeben: man wird in Zukunft solche internationalen Kongresse besser organisieren und entsprechende Vorbereitungen treffen.

Wenn wir uns das Gesamtbild der deutschen Gewerkschaften Ende des Jahres 1927 vor Augen halten, so müssen wir uns in Erinnerung bringen, daß der Tiefstand durch die Inflation erst vier Jahre hinter uns liegt und daß die Nachwehen dieser Gewerkschaftskatastrophe sich bei einer Anzahl Verbände jahrelang bemerkbar machte. Dann kam vielfach die schlechte Wirtschaftskonjunktur als neuer kampferschwerender Faktor hinzu. Da wir nun erst seit etwa Jahresfrist eine aufsteigende Wirtschaftskurve haben, so ist es ganz erklärlich, daß wir nicht all die üblen Erscheinungen der letzten Jahre einwandfrei überwinden konnten. Der Achtstundentag marschiert jedenfalls in gutem Tempo in Deutschland. Mit wachsender Wirtschaftskonjunktur wird es uns bestimmt gelingen, ihn wieder so zu festigen, daß wir uns in der gesamten Gewerkschaftsinternationale auch in dieser Beziehung durchsetzen lassen können. Sozialpolitik und Arbeiterschutz hängen wesentlich von dieser Kardinalforderung ab. Sie sind in den letzten Jahren verhältnismäßig wenig vorwärts gekommen, weil die politische Situation uns gar so ungünstig war. Eine Rückwirkung der Reichstagswahlen 1928 wird sich auch auf diesem Gebiete zeigen, wenn nicht nur die in den freien Gewerkschaften organisierten Arbeiter, sondern die gesamte deutsche arbeitende Bevölkerung bei den bevorstehenden Reichstags- und Landtagswahlen erkennen, daß hier die Entscheidung gefällt wird in bezug auf die Gestaltung und die Durchführung fortschrittlicher Sozialpolitik.

Die deutschen Gewerkschaften stehen ohne Zweifel vor schweren Aufgaben innerer und äußerer Art; aber die schlimmste Zeit scheint uns überwunden. Wir sind über den Berg. Freilich bleiben noch zwei schwierige Punkte: das fast eine Million zählende Arbeitslosenheer einerseits und die unmittelbare Auswirkung der Rationalisierung andererseits. Wohl haben wir die Arbeitslosenversicherung; aber sie reicht bei weitem nicht aus. Sie kann günstigstenfalls dazu beitragen, daß unsere gewerkschaftlichen Kämpfe nicht durch Unorganisierte und Arbeitslose durchbrochen werden. Die Rationalisierung hingegen ist ein Prozeß, den wir wohl oder übel wie ein Naturgeschehen bewerten müssen. So wenig wir Maschinenstürmer sein wollen, können wir diesen Prozeß aufhalten. Aber wir können die unsocialen Begleiterscheinungen auf ein Mindestmaß zurückführen, wenn die Organisationen stark sind und unser politisches Schwergewicht entsprechend in Anwendung kommt. Zu letzterem geben uns die Reichstagswahlen in wenig Monaten Anlaß. Die deutsche Gewerkschaftswelt stellt sich in die Reihen der Agitatoren für Volksaufklärung, um den Bürgerblockparteien den Krieg im Wahlkampf anzusagen.

Die Lohnsteuer

Die Lohnsteuer, ehemals eine der einfachsten Steuern, ist im Laufe der Jahre wesentlich ausgestaltet worden. Sie hat dadurch zwar ihre Einfachheit und Uebersichtlichkeit verloren, gewährt dafür aber den Lohnsteuerpflichtigen zahlreiche Möglichkeiten, die Steuerleistung im Einzelfall zu ermäßigen. Es ist unmöglich, alle diese Einzelheiten, seien es auch nur diejenigen, die für den Beruf der Gemeinde- und Staatsarbeiter Bedeutung haben, in einem kurzen Artikel darzulegen. Wer sich genaue Kenntnisse zu verschaffen wünscht, sei auf die von Paul Herz und Erich Rinner verfaßte Broschüre „Wie ermäßigt man die Lohnsteuer?“ verwiesen, die im Verlage des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes erschienen ist. Die nachfolgenden Darlegungen sollen nur einen Ueberblick über die wichtigsten Bestimmungen der Lohnsteuer darstellen, wobei die am 1. Januar 1928 in Kraft getretenen neuen Bestimmungen berücksichtigt worden sind.

I. Was ist Lohnsteuerpflichtig?

Die Lohnsteuer ist ein Bestandteil der allgemeinen Einkommensteuer. Sie wird erhoben vom Arbeitslohn, und zwar durch sofortigen Abzug bei seiner Auszahlung. Lohnsteuerpflichtig sind also alle Einkünfte, die jemand aus der Beschäftigung oder Anstellung in öffentlichen oder privaten Diensten bezieht. Es ist dabei gleichgültig, unter welchen Umständen, in welcher Form und unter welcher Benennung die Bezüge gewährt werden. Gewisse Einkünfte kommen aber bei Berechnung der Lohnsteuer nicht in Frage. Zu diesen nicht steuerpflichtigen Einkünften gehören die Bezüge aus der Sozialversicherung (Angestellten-, Unfall- und Hinterbliebenenunterstützung) sowie die Erwerbslosen- und Kurzarbeiterunterstützung. Diese Bezüge sind kein Arbeitseinkommen, fallen deshalb nicht unter die Lohnsteuer. Werden sie jedoch, wie die Bezüge aus der Angestelltenversicherung usw., neben sonstigen Einkommen gewährt und überschreitet beides zusammen den Betrag von 500 Mk. jährlich, so werden sie zur veranlagten Einkommensteuer herangezogen. Auch Entschädigungen, die bei Entlassungen aus dem Dienstverhältnis freiwillig oder auf Grund des § 87 des Betriebsrätegesetzes an die Arbeitnehmer gezahlt werden, unterliegen nicht der Lohnsteuer. Sie werden nur dann der Lohnsteuer unterworfen, wenn sie $\frac{1}{10}$ des letzten Jahresarbeitsverdienstes übersteigen (Verordnung vom 25. November 1925, Reichsteuerblatt S. 218). Zu den nichtsteuerbaren Einkünften gehören ferner Jubiläumsgaben. Durch Erlass vom 7. Dezember 1925 hat der Reichsfinanzminister die Jubiläumsgeschenke, die nach einer tariflichen Vereinbarung den Arbeitern der Stadt Berlin nach einer 25jährigen Dienstzeit zustehen, für steuerfrei erklärt. Auch der Reichsfinanzhof hat sich mit der Frage der steuerlichen Behandlung der Jubiläumsgaben beschäftigt und in seinem Urteil vom 16. Februar 1927 — VI A 504/26 — festgestellt, daß Jubiläumsgaben als Geschenke zu betrachten sind und darum steuerfrei bleiben. Sie sind einmalige freiwillige Zuwendungen und unterscheiden sich dadurch von den üblichen Weihnachtsgratifikationen, bei denen der Steuerabzug vorgenommen werden muß.

Zu den der Lohnsteuer unterliegenden Bezügen gehören die Aufwandsentschädigungen, die neben dem Lohn ausbezahlt werden. Die Aufwandsentschädigungen werden dem Arbeitnehmer für Aufwendungen gezahlt, die ihm bei seiner Arbeit erwachsen sind. Hierzu gehören die Entschädigungen für erhöhten Kleiderverbrauch, für Reisekosten, Uebernachtungen u. a. Diese Bezüge gelten nur dann als Aufwandsentschädigungen, wenn sie zwischen Arbeitnehmer und Arbeitgeber ausdrücklich vereinbart sind und neben dem Lohn ausbezahlt werden. Alle Entschädigungen, die nicht neben dem Lohn gezahlt werden, sondern im Lohn enthalten sind, gelten als Werbungskosten und unterliegen als solche den steuerlichen Bestimmungen. Steuerfrei sind 1. Dienstaufwandsentschädigungen aus öffentlichen Kassen und 2. private

Aufwandsentschädigungen, die nur in Höhe des nachgewiesenen Aufwandes gewährt werden oder die tatsächlichen Aufwendungen offenbar nicht übersteigen. Die erste Bestimmung geht davon aus, daß die Dienstaufwandsentschädigungen nur in dem tatsächlich nötigen Umfange bewilligt werden und daher das steuerpflichtige Einkommen nicht vermehren. Solche Aufwandsentschädigungen sind Kleiderabnutungs-, Stunden- und Uebernachtungsgelder. Auch die Dienstaufwandsentschädigungen und Mankogelder kommen hier in Frage, die den Gelderhebern der Berliner Städtischen Gas-, Wasser- und Elektrizitätswerke, sowie den Ermittlern der Städtischen Gaswerke gewährt werden (Erlass des Reichsfinanzministeriums vom 14. Mai 1927 — III e 3040).

Die privaten Aufwandsentschädigungen sind nur steuerfrei, wenn sie in Höhe des nachgewiesenen Aufwandes gewährt werden, wenn also die tatsächliche Höhe der Aufwendungen durch Belege ausgewiesen werden kann. Die Freilassung von der Steuer erfolgt aber auch, wenn die Entschädigung die tatsächliche Höhe der Aufwendungen offenbar nicht übersteigt. Zu den Entschädigungen für besonderen Aufwand rechnen auch die Nachtarbeitszulagen. Die Nacharbeit macht einen erhöhten Aufwand besonders für die Ernährung notwendig, so daß die hierfür gewährten Zulagen steuerlich als Aufwandsentschädigungen behandelt werden. Allerdings ist für die Nachtarbeitszulagen ein steuerfreier Höchstbetrag von 1 Mk. pro Nacht festgesetzt. Wenn die Zulagen darüber hinausgehen, unterliegt der Mehrbetrag dem normalen Steuerabzug.

Auch die Schmutzzulagen, die einen Ausgleich für den Mehraufwand an Kleidern und Reinigungsmitteln bedeuten, sind steuerfreie Aufwandsentschädigungen (Erlass vom 11. Januar 1927). Wird neben diesen Zulagen eine besondere Schmutzkleidung gewährt, so bleiben sie dennoch steuerfrei. Nur soweit ihre Höhe über den zur Bestreitung des Dienstaufwandes bestimmten Betrag hinausgeht, ist dieser höhere Betrag zu versteuern.

II. Die steuerfreien Beträge.

Bei jedem Lohnsteuerpflichtigen sind gewisse Teile seines Arbeitseinkommens steuerfrei. Dazu gehören 1. das steuerfreie Existenzminimum, 2. die Werbungskosten und 3. die Sonderleistungen. Das steuerfreie Existenzminimum soll nicht nur die niedrigsten Einkünfte vollständig von der Steuerlast befreien, sondern bei allen Lohnsteuerpflichtigen einen gewissen Mindestbetrag steuerfrei lassen. Unter Werbungskosten versteht man die Aufwendungen, die zur Erwerbung, Erhaltung und Sicherung der Einkünfte gemacht werden. Für die Lohnsteuerpflichtigen sind hier von besonderer Bedeutung die Ausgaben für Fahrten zwischen Wohnort und Arbeitsstelle, für das Halten eigener Werkzeuge und für die Berufskleidung. Die Sonderleistungen umfassen vor allen Dingen die Beiträge zur Kranken-, Invaliden-, Angestellten- und Erwerbslosenversicherung, die Beiträge zu Sterbekassen, Lebensversicherungsprämien, Gewerkschaftsbeiträge usw. Sowohl für das steuerfreie Existenzminimum als auch für die Werbungskosten und die Sonderleistungen sind feste, für jeden Lohnsteuerpflichtigen gleiche Beträge vorgesehen. Sie betragen gegenwärtig für das Existenzminimum 60 Mk. monatlich (14,40 Mk. wöchentlich), für die Werbungskosten 20 Mk. monatlich (4,80 Mk. wöchentlich), für die Sonderleistungen ebenfalls 20 Mk. monatlich (4,80 Mk. wöchentlich). Alle drei Beträge zusammen stellen den steuerfreien Lohnbetrag dar, der also gegenwärtig 100 Mk. monatlich (24 Mk. wöchentlich) beträgt.

Für den Verheirateten treten zu diesen Befreiungen und Ermäßigungen die Familienermäßigungen für Frau und Kinder. Für die Kinder des Steuerpflichtigen steht ihm eine Ermäßigung zu, die davon abhängt, ob das Kind eigenes Arbeitseinkommen hat oder nicht. Ist das Kind

bis zu seiner Volljährigkeit ohne Arbeitseinkommen, so genießt der Vater die Ermäßigung. Hat das Kind dagegen ein selbstständiges Arbeitseinkommen, so entfällt die Ermäßigung, sobald das Kind 18 Jahre alt geworden ist. Die Ermäßigung bis zur Volljährigkeit des Kindes steht dem Steuerpflichtigen auch dann zu, wenn das Kind anderes als Arbeitseinkommen hat, z. B. aus ererbtem Vermögen usw. Auch bei der Kinderermäßigung ist Voraussetzung, daß die Kinder zum Haushalt des Steuerpflichtigen gehören. Wie die Ehefrau zählt das Kind auch dann zur Haushaltung, wenn es nicht in dieser, sondern zum Zweck der Erziehung und des Unterrichts außerhalb der elterlichen Wohnung lebt, sich aber in wirtschaftlicher Abhängigkeit von den Eltern befindet. Das gilt auch für Lehrlinge und Schüler, die in einer fremden Stadt wohnen und wenigstens zum Teil von den Eltern unterstützt werden.

Die Familienermäßigungen werden berechnet nach dem Familienstand, der auf der Steuerkarte vermerkt ist. Vergrößert sich die Zahl der Familienmitglieder, so darf der Arbeitgeber diese Änderung nicht berücksichtigen, bevor sie nicht vom Finanzamt auf der Steuerkarte vermerkt worden ist. Eine Verminderung des Familienstandes braucht dagegen dem Finanzamt nicht mitgeteilt zu werden, die Ermäßigung wird dann erst zu Beginn des nächsten Jahres aufgehoben.

Für die Berechnung der Familienermäßigungen bestehen zwei Systeme, das System der prozentualen Ermäßigung und das System der festen Abzüge. Welches System anzuwenden ist, richtet sich stets danach, welches in seiner Gesamtheit günstiger wirkt. Das System der festen Abzüge wirkt günstiger bei niedrigen, das System der prozentualen bei höheren Einkommen. Die prozentuale Ermäßigung beträgt für jedes Familienmitglied ein Prozent des steuerfreien Betrages.

Die festen Abzüge sind folgendermaßen festgesetzt: Für die Ehefrau 10 Mk. monatlich (2,40 Mk. wöchentlich), für das erste Kind 10 Mk. monatlich (2,40 Mk. wöchentlich), für das zweite Kind 20 Mk. monatlich (4,80 Mk. wöchentlich), für das dritte Kind 40 Mk. monatlich (9,60 Mk. wöchentlich), für das vierte Kind 60 Mk. monatlich (14,40 Mk. wöchentlich), für das fünfte und jedes folgende Kind 80 Mk. monatlich (19,20 Mk. wöchentlich).

III. Die Berechnung der Lohnsteuer.

Durch das Gesetz zur Änderung des Einkommensteuergesetzes, das der Reichstag in seiner letzten Sitzung vor den Weihnachtstagen beschlossen hat, ist an dem steuerfreien Lohnbetrag, dem Steuerfuß von 10 Proz. und an den Familienermäßigungen nichts geändert worden. Nach diesem Gesetz wird aber vom 1. Januar 1928 ab von dem Steuerbetrag ein Abzug von 15 Proz. gemacht. Die Ermäßigung darf aber höchstens in der Woche 0,50 Mk. und im Monat 2 Mark betragen. Sie erstreckt sich nicht auf einmalige neben dem Lohn gezahlte Einnahmen (z. B. Gratifikationen) und auch nicht auf unständige Arbeiter, deren Steuerbetrag wie bisher 2 bzw. 1 Proz. ihres Arbeitslohnes ausmacht. Von diesen Ausnahmen abgesehen, berechnet sich der Lohnabzug, wie folgende Beispiele zeigen:

a) Ein verheirateter Arbeitnehmer mit zwei Kindern hat einen Wochenlohn von 42 Mk. Es sind die festen Familienermäßigungen anzuwenden, so daß 33,60 Mk. steuerfrei bleiben. 42 Mk. — 33,60 Mk. = 8,40 Mk. Davon 10 Proz. = 0,84 Mk., abgerundet 0,80 Mk. Hiervon beträgt die Ermäßigung 15 Proz. gleich 0,12 Mk., so daß sich als Steuerbetrag ergibt 0,80 Mk. minus 0,12 Mk. = 0,68 Mk., abgerundet 0,65 Mk.

b) Ein verheirateter Arbeitnehmer mit drei minderjährigen Kindern verdient wöchentlich 84,30 Mk. Es sind die prozentualen Familienermäßigungen anzuwenden, so daß sich die Berechnung wie folgt gestaltet: 84,30 — 24 Mk. = 60,30 Mk., davon 6 Proz. gleich 3,61, abgerundet 3,60. Die 15prozentige Ermäßigung hiervon würde 0,54 Mk. betragen, so daß nur der Höchstbetrag von 0,50 Mk. abzusetzen ist. Die Steuer beträgt also 3,60 Mk. minus 0,50 Mk. = 3,10 Mk.

Neben der Ermäßigung des Steuerbetrages erhöht das Gesetz die Grenze für die Nichterhebung von Kleinbeträgen. Bisher wurde die Lohnsteuer nicht einbehalten, wenn der Betrag wöchentlich nicht über 0,20 Mk., monatlich nicht über 0,80 Mk. hinausging. In Zukunft liegt die Grenze bei 0,25 Mk. wöchentlich bzw. 1 Mk. monatlich. Beispiel: Ein verheirateter Arbeitnehmer mit zwei minderjährigen Kindern verdient 37 Mk. wöchentlich, 33,60 Mk. bleiben davon steuerfrei, so daß 3,40 Mk. steuerpflichtig sind. 10 Proz. hiervon betragen 0,34 Mk., abgerundet 0,30 Mk. Davon beträgt die 15prozentige Ermäßigung 0,045 Mk., dann sind 0,30 — 0,045 = 0,255, abgerundet 0,25 Mk. Dieser Betrag wird als Freibetrag nicht erhoben.

IV. Ermäßigungen und Erstattungen.

Für besondere Fälle, in denen die Anwendung des normalen Steuerabzugs unbillige Härten hervorrufen müßte, gelten Sonderbestimmungen. Danach kann die Erleichterung der Steuerlast entweder auf dem Wege der vorherigen Erhöhung der steuerfreien Beträge oder auf dem Wege der nachträglichen Erstattungen erreicht werden. Von beiden Möglichkeiten ist die erste günstiger, weil sie verhindert, daß eine zu hohe Steuer überhaupt erst gezahlt wird.

Eine Erhöhung des steuerfreien Existenzminimums erfolgt nur, wenn der Steuerpflichtige eine außergewöhnliche Belastung durch besondere wirtschaftliche Verhältnisse nachweist, die seine Leistungsfähigkeit wesentlich vermindert. Solche Verhältnisse bestehen, wenn z. B. Unterhalt und Erziehung der Kinder besonders hohe Ausgaben verursachen, wenn also Kinder unbemittelter Eltern eine lange Berufsausbildung genießen oder über das 14. Lebensjahr hinaus eine höhere Schule besuchen. Die Erhöhung erfolgt in solchen Fällen auch für Kinder über 21 Jahre. Auch für die rechtlich oder sittlich begründete Unterhaltung mittelloser Angehöriger tritt auf Antrag eine Erhöhung des Existenzminimums ein. Für die Mittellosigkeit genügt als Beweis eine polizeiliche Bescheinigung. In jedem Fall kann die Erhöhung nur wegen einer außergewöhnlichen Belastung beantragt werden, so daß z. B. für eine erwerbsfähige volljährige Tochter, die sich selbst unterhalten könnte, die Erhöhung nicht eintritt. Für Krankheit und Unfallsfälle wird eine Erhöhung nur dann gewährt, wenn die Krankheitsausgaben nicht durch eine Kasse ersetzt werden und wenn der Verlust durch den Unfallsfall, z. B. Feuerschaden, nicht von seiner Versicherung getragen wird.

Die Erhöhung der Werbungskosten und Sonderleistungen kann auf den vollen Betrag der tatsächlichen Aufwendungen beantragt werden. Weist der Steuerpflichtige seine tatsächlichen Aufwendungen nach, so muß das Finanzamt dem Antrag stattgeben. Allerdings dürfen die Sonderleistungen mit Ausnahme von Kirchensteuer und Gewerkschaftsbeiträgen über den Betrag von jährlich 600 Mk. nicht hinausgehen. Jedoch erhöht sich dieser Betrag für die Ehefrau und jedes minderjährige Kind um je 250 Mk. jährlich. Ein Antrag auf Erhöhung kann nur gestellt werden, wenn die tatsächlichen Aufwendungen des Steuerpflichtigen den Gesamtbetrag der beiden auf Werbungskosten und Sonderleistungen entfallenden Pauschbeträge von insgesamt monatlich 40 Mk. (wöchentlich 9,60 Mk.) übersteigen. Das wird z. B. der Fall sein, wenn die Ausgaben für Fahrten zwischen Wohnung und Arbeitsstelle oder für Werkzeuge und Berufskleidung besonders groß sind oder wenn der Steuerpflichtige z. B. besonders große Ausgaben für eine Lebensversicherung hat, oder ihm hohe Kosten für die Fortbildung in seinem Beruf erwachsen. Sowohl die Anträge auf Erhöhung des Existenzminimums als auch auf Erhöhung der Werbungskosten und Sonderleistungen können zu jeder Zeit nach Eintreten der verteuernenden Umstände gestellt werden. Sind diese Umstände von längerer Dauer, so empfiehlt es sich, die Erhöhungsanträge für das nächste Jahr sofort nach Erhalt der neuen Steuerkarte zu

stellen. In jedem Fall muß dem Antrag die Steuerkarte beigefügt werden; erst nachdem die Erhöhungen darauf vermerkt sind, darf der Arbeitgeber die Ermäßigung beim Lohnabzug berücksichtigen.

Eine Erstattung der Lohnsteuer kann erfolgen, 1. wegen Verdienstaussfall, 2. wegen besonderer wirtschaftlicher Verhältnisse und 3. bei unrichtiger Berechnung des Steuerabzugs.

Eine Erstattung wegen Verdienstaussfall erfolgt nur, wenn dem Arbeitnehmer überhaupt Lohnsteuer abgezogen worden ist und hierbei der steuerfreie Lohnbetrag und die Familienermäßigungen nicht voll berücksichtigt worden sind. Die Gründe des Verdienstaussfalls sind gleichgültig. Vor allem kommen Erwerbslosigkeit, Krankheit, Streik usw. in Frage. Die Anträge auf Erstattungen werden am besten unter Verwendung eines Antragsformulars gestellt, das bei den Finanzämtern und Berufsverbänden kostenlos erhältlich ist. Dem Antrag müssen beigefügt werden 1. in allen Fällen die Steuerkarte für 1927 (wenn Steuermarken geklebt worden sind die entwerteten Markenbogen), 2. eine Bescheinigung des Arbeitgebers über die Höhe des Arbeits-

lohnes, der Lohnsteuer usw., 3. besondere Bescheinigungen über die Dauer der Erwerbslosigkeit und der Krankheit, wenn diese nicht bereits aus der Bescheinigung des Arbeitgebers hervorgeht. Die Berechnung des zu erstattenden Betrages erfolgt nur nach vollen Wochen des Verdienstaussfalls. Bei mehrmaliger kürzerer Erwerbslosigkeit werden sechs Wochentage zu je acht Stunden in einer Woche zusammengerechnet. (Im übrigen siehe „Lohnsteuererstattungen für 1927“, letzte Seite dieser Nummer.)

Eine Erstattung wegen besonderer wirtschaftlicher Verhältnisse kann unter denselben Voraussetzungen erfolgen wie die Erhöhung des steuerfreien Lohnbetrags. Ein weiterer Anspruch auf Lohnsteuererstattung besteht dann, wenn ein Arbeitgeber den Steuerabzug unrichtig vorgenommen, z. B. an Stelle der festen Ermäßigungen irrtümlicherweise die prozentualen angewendet hat. Diese Erstattung ist jedoch ausgeschlossen, wenn der Steuerpflichtige die zu hohe Steuerzahlung selbst verschuldet hat, weil er z. B. bei einer Vergrößerung des Familienstandes versäumt hat, die Änderung seiner Steuerkarte rechtzeitig zu beantragen.

Dr. Paul Herz, M. d. R.

Privatwirtschaft und Gemeinwirtschaft

Den Gegensatz von Privatwirtschaft und Gemeinwirtschaft wird der Jurist versucht sein, von der Eigentumsseite zu erhellen. Während in der Privatwirtschaft es private Wirtschaftssubjekte sind, die im Besitz der Produktionsanlagen, der Werkzeuge, der Roh- und Hilfsstoffe stehen, die vor allem über die Ergebnisse der Produktion nach Gutdünken verfügen können, sind es in der Gemeinwirtschaft die Gemeinschaften, Genossenschaftsverbände, staatliche und städtische Körperschaften, die die Eigentümern darstellen. Und doch bleibt, wie ein jeder fühlen wird, eine solche formell-rechtliche Betrachtung der verschiedenen Eigentumsphären, hier der privaten, dort der öffentlichen, notwendig an der Oberfläche haften, ohne zu den eigentlichen Zusammenhängen vorzustoßen. Privatwirtschaft und Gemeinwirtschaft sind wirtschaftliche Begriffe, die darum auch nicht durch juristische Betrachtung, sondern allein durch die volkswirtschaftliche Erkenntnis zu begreifen sind. Und dann wird sich herausstellen, daß nicht die Tatsachen einer äußerlichen Verschiedenheit des jeweiligen Eigentümers maßgeblich sind, sondern die Verschiedenheit der Wirtschaftsorganisation und vor allem die verschiedene Stellung des wirtschaftlichen Menschen in ihr. Wer das erkannt hat, der wird weiter wissen, daß das Problem Privatwirtschaft und Gemeinwirtschaft gestellt ist als Gegensatz von Marktwirtschaft und Planwirtschaft.

Durch die Wirtschaftssysteme aller Zeiten geht ein grundlegender Unterschied: Sie werden alle nach ihrer Organisationsgrundlage gemeinwirtschaftlich oder marktwirtschaftlich geordnet. Jede gemeinwirtschaftliche Organisation ist geartet auf Plan, Anordnung und Berechnung. Ausgangspunkt ist ein fest umrissener Wirtschaftsbedarf, den eine leitende Stelle (in primitiven Zeiten war es der Sippenälteste oder der Stammeshäuptling, heute würde es ein zentrales Wirtschaftsamt sein) nach Erfahrung und Ueberlegung ansieht oder den sie auf der Grundlage statistischer Erhebungen berechnet. Alle wirtschaftliche Tätigkeit vollzieht sich im festen Rahmen eines Wirtschaftsbudgets, das genau abgestimmt wird durch die Größe der vorhandenen Produktionskräfte, die das Maß der jeweiligen Bedürfnisbefriedigung bestimmen. Alles Wirtschaften ist befehlsmäßiger Vollzug. Nichts bleibt privatem Belieben überlassen. Eine allgemeine Arbeitsverpflichtung innerhalb eines auf Planmäßigkeit und Anordnung beruhenden Wirtschaftsschemas ist der Tragpfeiler des gesamten Wirtschaftsbaues.

Dem alle Teile verpflichtenden Arbeitszwang entspricht eine alle Glieder der Wirtschaft umfassende Garantiefürsorge. Wer arbeitet, der soll auch essen, das ist das Recht, das die Gemeinschaft dem einzelnen garantiert. Weil ein festes, in

seiner Größe und seiner Art durch den Wirtschaftsplan bestimmtes Leistungsaufkommen vorhanden ist, kann ein bestimmtes Versorgungsmaß einem jeden gewährt werden. Wie nun die Produktion sich nach einem einheitlichen Plan vollzieht, so liegt auch der Verteilung ein festes Statut zugrunde, das den einzelnen entweder nach der Höhe seiner vorangegangenen Arbeitsleistung oder nach seinem tatsächlichen Bedürfnis teilhaben läßt.

Damit sind die Elemente jedes gemeinwirtschaftlichen Organisationsystems gegeben: Gesamtstatistik, Wirtschaftsplan, Auftragsproduktion mit öffentlichem Arbeitszwang, Garantiefürsorge und gesellschaftliche Verteilungsregelung. Ihr Organ: das Zentralwirtschaftsamt. In der Lebenswirklichkeit wird jedes gemeinwirtschaftliche System, um dieses gleich vorauszuschicken, gegenüber der obigen Skizzierung einige Abschwächungen und Auflockerungen von der Starrheit des Schemas aufweisen. Immer werden marktwirtschaftliche Elemente eindringen, die sich mit gemeinwirtschaftlichen Prinzipien überschneiden. Da es sich hier zunächst um die grundsätzliche Erkenntnis der beiden Wirtschaftssysteme handeln soll und nicht um Wirklichkeitschilderung, dürfte die Herausarbeitung eines solchen „Idealtyps“ einer Gemeinwirtschaft berechtigt sein.

Wie anders das Wirtschaftsbild, wenn wir uns nun von der Gemeinwirtschaft ab der Privat- oder Marktwirtschaft zuwenden, die mit dem Aufkommen des Kapitalismus die mittelalterliche Gemeinwirtschaft ablöste und die noch heute die Grundelemente unseres Wirtschaftslebens bestimmt. An die Stelle einer planmäßigen und geregelten Produktion, die nach Art und Größe bestimmt ist durch die Menge der vorhandenen Bedürfnisse, tritt die zersplitterte und unregelmäßige Einzelproduktion isolierter Privatproduzenten. Die gegenseitige Abhängigkeit, die durch die Arbeitsteilung gegeben ist und deren Preisgabe ein Herabsinken in primitive Bedürftigkeit bedeuten würde, bleibt bestehen, ohne daß jedoch eine Zentralstelle die offizielle Verantwortung trägt, daß die komplizierte und vielseitige Bedürfnisbefriedigung sichergestellt bleibt. So bedeutet die Wendung von der Gemeinwirtschaft zur Marktwirtschaft die Aufgabe der ökonomischen Sicherstellung. An die Stelle bewußter Gestaltung und errechneter Zweckmäßigkeit treten Zufall und Willkür. Markt bedeutet immer eine Summe unwillkürlicher und unbeherrschbarer Umstände und Vorgänge; denn eine Marktwirtschaft produziert nicht für einen bestimmten und festen Käuferkreis, sondern für eine unbestimmte und veränderliche Nachfrager, die niemals vorher genau berechnet werden kann. Während für eine Gemeinwirtschaft der Enderfolg mit dem Gelingen

der Produktion gegeben war, daß gemäß den vorhandenen technischen Mitteln produziert wurde, ist für eine Marktwirtschaft der Enderfolg erst sichergestellt, wenn das erzeugte Produkt auch seinen Käufer fand.

Die Gemeinwirtschaft vollzieht sich nach rationellen Gesichtspunkten; denn auch die Verteilung ist durch Aufstellung eines Verteilungsplanes geregelt; die Marktwirtschaft hat diese Berechenbarkeit nur in der Produktionsseite, während die Marktseite von Zufall und Willkür geregelt wird. Diese Doppelhaftigkeit ist es auch, die der Arbeiter empfindet, wenn er sich einmal auf seine Einordnung in das Wirtschaftsleben befinnt. Wenn er das Werk seiner Hände betrachtet, die Kohle, die er aus der Erde grub, das Haus, das er baute, die Maschine, die er montierte und in Gang setzte, dann wird ihn das Gefühl durchströmen, daß er es ist, der die Wirtschaft auf seinem Rücken trägt. Es ist ja auch bekanntlich ein geläufiges Vorstellungsbild für den Arbeiter, daß sein starker Arm die Wirtschaft in Bewegung setzt oder aber auch zum Stillstand bringt, falls sein Wille es heißt. Wenn aber blühende Wirtschaftsländer plötzlich veröden, wenn Gewerbe, die einst tragende Pfeiler des Wirtschaftsgebäudes waren, in aussichtsloser Konkurrenz zusammenbrechen, wenn das Fieber der Hochkonjunktur die Wirtschaft durchschüttelt, wenn Währungen versinken in einen bodenlosen Schacht, die Wirtschaft in Krisen zuckt, die Konkurse und Stilllegungen sich jagen und die Arbeitslosigkeit in Millionenjahren wächst, wenn technische Neuerungen ihn aus Arbeit und Verdienst werfen — dann wird das andere in ihm aufgewühlt, jene Vorstellung, daß er der Spielball unbeherrschter Kräfte und Gewalten ist, die sich mit naturhafter Elementarität über seinem Haupte entladen und ihn in ein steuerloses Chaos hineinschlingen.

Doch auch die keinem einheitlichen und regelnden Gesamtwillen unterworfenen Privatwirtschaft muß eine Steuerung haben, die das private Wirtschaftswollen in Uebereinstimmung bringt mit dem Gesamtzweck aller Wirtschaft, der Bedürfnisbefriedigung. Auf die Dauer wäre eine Wirtschaft überhaupt nicht denkbar, die nicht diesen Zweck in irgendeiner Weise erfüllte. Es ist nun das ausschlaggebende Merkmal der kapitalistischen Privatwirtschaft, daß sie zwar nicht über ein bewußtes System der Planung und einheitlichen Produktionsleitung verfügt, daß sie aber ein System der Selbststeuerung, ein automatisches Regulationsystem besitzt, das die letzten Endes einzig und allein auf Gewinn gerichteten Bestrebungen der einzelnen Wirtschaftler zu einer allgemeinen Bedürfnisbefriedigung führt. Die Selbststeuerung der kapitalistischen Privatwirtschaft wirkt sich aus auf dem Markt über den Prozeß der Preisbildung. Bekanntlich bestimmen Angebot und Nachfrage den Preis. Ein hohes Angebot läßt den Preis sinken, ein geringes Angebot läßt den Preis steigen und umgekehrt. Wird nun von irgendeiner Ware weniger produziert als zur Bedürfnisbefriedigung notwendig ist, so wird die wachsende Nachfrage die Preise so weit und so lang herauspressen, bis die infolge der gestiegenen Preise außerordentlich lohnend gewordene Produktion soviel neue Produzenten hinzuzieht oder die alten veranlaßt, die Produktion auszudehnen, daß die gesamte Nachfrage auch gedeckt wird. Werden umgekehrt von irgendwelchen Waren übergroße Mengen angeboten, so werden infolge des großen Angebots und der verhältnismäßig geringen Nachfrage die Preise so lange und so weit fallen, bis die Produktion auf den geringeren Stand gebracht ist, der der gesellschaftlichen Bedürfnisbefriedigung entspricht. Der Preis ist das Signallicht, an dem sich die im Nebel der Marktwirtschaft Umhertappenden orientieren können. Das ist die Selbststeuerung des Marktes der kapitalistischen Wirtschaft, die den Liberalismus veranlaßt, sich so warm für diese Wirtschaftsform einzusetzen.

Die von sozialistischer Seite ausgehende Kritik hat mit Recht auf die großen Reibungsverluste hingewiesen, mit der dieser kapitalistischen Wirtschaftsmechanismus arbeitet. Man hat die Unwirtschaftlichkeit des Kostenaufwandes betont, den

der Konkurrenzkampf der einzelnen Unternehmungen verschlingt (Reklame, Inseratenwesen, Geschäftsreisen); man hat mit vollem Recht die mannigfachen Leerläufe und Falschsteuerungen, die volkswirtschaftlich so ungeheuer verlustvollen Krisen und Zusammenbrüche angeklagt; man hat die Aufmerksamkeit auf das offensichtliche Auseinanderklaffen von privatem Eigennutz und öffentlichem Gesamtinteresse gelenkt, auf den Gegensatz von volkswirtschaftlicher Produktivität und privatwirtschaftlicher Rentabilität, die den technischen Fortschritt überall da zurückdrängt, sobald durch ihn das kapitalistische Gewinnstreben sich bedroht fühlt.

Die heutige Wirtschaft ist bereits keine reine Privatwirtschaft mehr, sondern bereits weitgehend organisiert und einem Gemeinwirtschaftswillen unterstellt. Immer mehr dringen gemeinwirtschaftliche Züge in das ursprünglich rein privatwirtschaftliche Bild unserer Wirtschaft. Durch Fühlungnahme der Produzenten, die miteinander Produktionsbeschränkungen, Preismaßnahmen, Gebietsabgrenzungen usw. vereinbaren, sucht man in das verworrene Marktgetriebe den gemeinwirtschaftlichen Gedanken der Ordnung hineinzutragen, während die genossenschaftlichen Verbandsbildungen ebenso wie das ständige Vordringen der staatlichen und gemeindlichen Wirtschaften von vornherein einen gemeinwirtschaftlichen Charakter offenbaren. Überall ist heute in der kapitalistischen Wirtschaft das Streben nach Organisation und Zusammenfassung vorhanden. Überall ist der Wunsch, zu einer größeren Stabilität der wirtschaftlichen Verhältnisse zu gelangen und das verlustvolle Risiko auszuschalten. Börsen, ein immer mehr vervollkommneter Nachrichtendienst, der von dem einzelnen Marktvorgang immer mehr den Schleier des Geheimnisses lüftet, Konjunkturforschungsinstitute, Krisenbekämpfungsmaßnahmen zeigen, wie weit diese Tendenz bereits in der Wirklichkeit fortgeschritten ist. Wesentlicher aber scheint uns für die Umwandlung der gegenwärtigen privatwirtschaftlichen Struktur unserer Wirtschaft der Umstand, daß sie immer weniger in der Lage ist, die anfallenden Menschenmassen ins Brot zu setzen. Die Rationalisierungsbewegung unserer Tage, die die Produktivität menschlicher Arbeitskraft unendlich steigerte, hat nicht zu einer Steigerung der Bedürfnisbefriedigung, sondern zu wachsender Arbeitslosigkeit geführt. Mit der Entwicklung der überseeischen Kolonialländer zu selbständigen Industriestaaten, die sich mehr und mehr gegen den europäischen Bevölkerungsüberschuß und gegen die europäische Wareneinfuhr abriegeln, sind neue Bevölkerungsprobleme an uns herangetreten, von denen es noch nicht feststeht, ob ihre Lösung dem Kapitalismus gelingen wird oder ob sie der Auftakt zur grundsätzlichen Wandlung unseres Wirtschaftssystems in ein gemeinwirtschaftliches sein werden. Denn das ist die Schicksalsfrage, die an jedes Wirtschaftssystem gestellt wird, ob es seine anfallende Bevölkerung refordieren, d. h. in den Produktionsprozeß aufnehmen und dadurch ins Brot setzen kann. Versagt eine Wirtschaftsorganisation dieser Grundforderung gegenüber, so hat ihre Stunde geschlagen. Der Uebergang zu einer neuen Wirtschaftsweise ist niemals ein Akt der Willkür, der ebenso gut unterbleiben könnte, sondern immer schicksalhafte Notwendigkeit. Gerade von hier dürften einer fortschreitenden Ersetzung privatwirtschaftlicher Formen durch gemeinwirtschaftliche die nötigen Antriebsenergien kommen.

Die gegenwärtige Wirtschaft ist weder reine Privatwirtschaft noch reine Gemeinwirtschaft. Sie ist vielmehr gekennzeichnet durch ein Nebeneinander verschiedener Wirtschaftsformen und Wirtschaftssysteme. Das wird wohl auch noch länger so bleiben, wenn auch deutlich wahrnehmbar ist, daß die gemeinwirtschaftlichen Tendenzen im Siegeslauf, die privatwirtschaftlichen Tendenzen im anhaltenden und unabänderlichen Zurückziehen begriffen sind. Nach Jahrhunderten individualistischer Wirtschaftsführung nähern wir uns wieder Zeiten universaler Lebens- und Wirtschaftsgestaltung.

Dr. Ernst Nöbling, Berlin.

Der Kleingarten



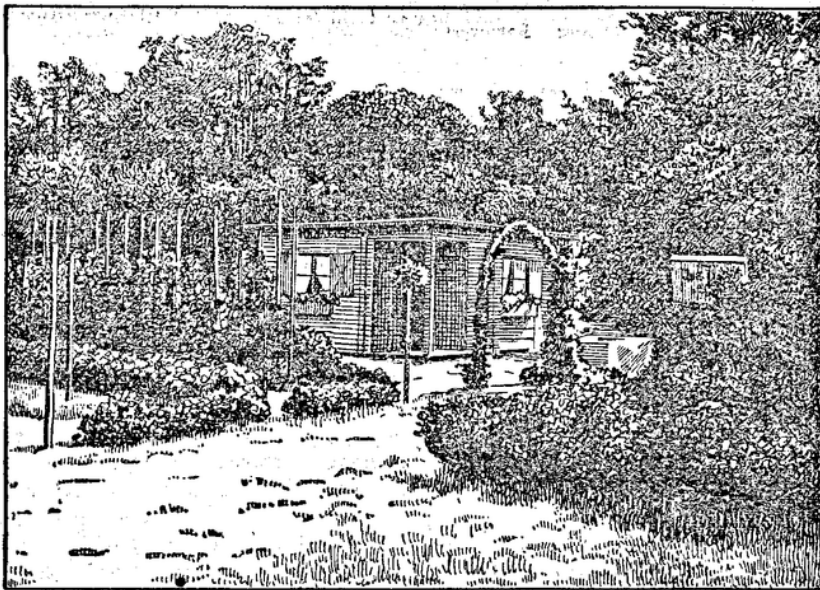
Der Garten als Teil der menschlichen Wohnung beginnt bei der großstädtischen Bevölkerung nachgerade zum Allgemeinut zu werden. Nach der letzten reichsamtlichen Zählung (16. Juni 1925) sind 1 072 023 Kleingärten, ausschließlich der Haus- und Ziergärten, in der Größe unter 5 Ar gezählt worden, mit einer Fläche von rund 28 000 Hektar. Die wirkliche Zahl dürfte erheblich höher sein, sofern diejenigen über 5 Ar, die Haus- und Ziergärten dazu gerechnet werden.

Die licht-, luft-, sonnenhungrigen Großstadtmenschen streben nach vollbrachtem Tagewerk in den freien Stunden des Wochentags, den Sonn- und Feiertagen aus ihren meist engen, oft sogar licht- und luftlosen Behausungen, dem lärmenden Straßengetriebe hinaus in die freie Natur, um dort Erholung, Entspannung von geistiger oder körperlicher Arbeit zu finden, um neue Kraft für den Lebenskampf zu sammeln. Die Sünden der Städtebauer der verflochtenen Zeitepoche bezahlt die heutige großstädtische Mietkasernenbevölkerung mit allzu großer Entbehrung an echter, natürlicher Lebensfreude, oft sogar mit ihrer Gesundheit. Der Bodenwucher begünstigte die Entstehung der großstädtischen kilometerlangen Steinwüsten, verhinderte die Schaffung ausreichender öffentlicher Park- und Gartanlagen, wo die Bevölkerung sich ergehen, nach der Tageslast sich erholen kann. Die wenigen öffentlichen Parkanlagen entstehen meist als Schmuck- und Schaustücke mit dem Gepräge eines dekorativen Grüns. Eine Verbundenheit mit der lebenspendenden Mutter Erde findet der von der Scholle losgelöste

Großstadtmensch im Garten, der am besten unmittelbar an die Wohnung anschließt. Aber auch der von der Wohnung entlegene Garten bietet an Erholung, Lebensfreude, Gesundheit weit mehr, als das dekorative Grün der Parkanlagen zu bieten vermag. So sind denn die an der Peripherie des Stadtbildes gelegenen Kleingartenkolonien an den Sonntagen zu einem starken Besuchszentrum für die vielen gartenlosen Ruhe- und Erholung suchenden Großstadtmenschen geworden. Und das ist nicht eine zufällige, eine Modeerscheinung, sondern ein ganz zwangsläufiger Drang, geboren aus der unverwundlichen Sehnsucht des Menschen zur Scholle. Nirgends offenbaren sich dem Menschen die Wunder und Geheimnisse des Naturgeschehens so offenkundig, in so vielgestaltiger Art und Form, als im eigenen Garten, weil dort der Mensch durch seine Betätigung unausgesetzt auf das Wunderbare im Naturgeschehen aufmerksam wird.

Ein ganz flüchtiger Ueberblick beweist uns die reiche Fülle der dem Garten innewohnenden Lebensfreude. — Mit Ausnahme einer

verhältnismäßig kurzen Zeit: wenn eine weiße Schneedecke die Fluren einhüllt, ist der Garten die gastliche Stätte. Doch sobald die wärmenden Sonnenstrahlen die weiße Decke weggezogen und die ersten Frühlingsboten, die Schneeglöckchen, den kommenden Lenz künden, fesselt der Garten jung und alt, insbesondere zunächst den Familienvater. Schon zeitig vor dem Herannahen des Frühlings sind mancherlei Arbeiten ganz zwangsläufig zu erledigen. Da ist zunächst der schadhafte gewordenen Zaun auszubessern, die Obstbäume, die Beerenobststräucher sind zu schneiden, vom Ungeziefer (Ju-



Die Eiserne Serje

II.



ie erzählen alle dieselbe Geschichte, wie der freie Wettbewerb ausgeschaltet wurde und die Trusts aufkamen. Sie, Herr Owen, haben den freien Wettbewerb hier in Berkeley vernichtet, als Ihr Zweiggeschäft die drei kleinen Kolonialwarenhändler aus ihren Läden vertrieb. Ihre Firma war stärker. Jetzt spüren Sie den Druck des Trusts und schreien. Sie sind eben kein Trust. Wären Sie ein über die ganzen Vereinigten Staaten verbreiteter Trust, dann würden Sie ein anderes Lied singen. Und das würde lauten: 'Gepriesen seien die Trusts.' Ihre kleine Firma ist aber eben kein Trust, und Sie fühlen selbst Ihren Mangel an Kraft. Sie beginnen Ihr eigenes Ende zu ahnen. Sie und Ihre Filialen sind nur Bauern in einem Schachspiel. Sie sehen mächtigere Geschäfte entstehen und täglich mächtiger werden. Sie sehen, wie gepanzerte Fäuste sich auf Ihren Profit legen und hier und dort einen Teil davon nehmen — die Fäuste des Eisenbahntrusts, des Stahl-, des Oel-, des Kohlentrusts — und Sie wissen, daß Sie schließlich erdrückt werden, und daß man Ihnen den letzten Cent Ihres kleinen Profits wegnehmen wird.

Sie sind ein armseliger Spieler, Herr Owen. Als Sie, dank Ihrer besseren Organisation, die drei kleinen Geschäfte in Berkeley an die Wand drückten, brüsteten Sie sich, sprachen von Tatkraft und Unternehmungslust und ließen von dem Gewinn, den Sie durch das Verschlucken der drei kleinen Geschäfte gemacht hatten, Ihre Frau nach Europa reisen. Ein Hund schnappt eben dem anderen den Bissen weg, und Sie haben beide verschluckt. Und nun werden Sie wieder von größeren Hunden aufgefressen, und da heulen Sie. Und was ich Ihnen sage, das gilt allen hier am Tische. Sie heulen alle. Sie fühlen alle, daß Sie Ihr Spiel verloren haben, und deshalb heulen Sie. Durch Ihr Heulen klären Sie die Situation

aber nicht, wie ich es getan habe. Sie sagen nicht, daß Sie den Wunsch haben, aus anderen Gewinn herauszuschlagen, und daß Sie nur deshalb heulen, weil andere den Profit, den Sie gemacht haben, wieder aus Ihnen herauspressen. Nein, dazu sind Sie zu schlau. Statt dessen sagen Sie etwas anderes. Sie machen die politischen Redensarten der kleinen Kapitalisten, wie Herr Calvin. Und was sagte er? Ich wiederhole einige seiner Aussprüche, die ich behalten habe: 'Unsere wesentlichen Grundgedanken sind richtig. Was dieses Land braucht, ist die Rückkehr zu den grundlegenden amerikanischen Methoden — Freie Bahn für alle, Der Geist der Freiheit, in dem dieses Volk geboren wurde, Laßt uns zu den Grundsätzen unserer Dorfahre zurückkehren. Wenn er sagt, 'Freie Bahn für alle', so meint er, freie Bahn, um sich Gewinn zu verschaffen, was ihm die großen Trusts jetzt unmöglich machen. Und das Abgeschmackteste dabei ist: Sie haben dieses Schlagwort so oft wiederholt, daß Sie jetzt selbst daran glauben. Sie wollen nur Gelegenheit haben, auf Ihre eigene kleinliche Art und Weise Profite zu machen, aber Sie bemänteln das, indem Sie sich selbst den Gedanken suggerieren, daß Sie Freiheit verlangen. Sie sind unverschämte und gewinnstüchtige, aber der Nimbus Ihrer Phrasen verleitet Sie zu dem Wahn, daß Sie patriotisch seien. Ihre Gewinnsucht, die reiner Eigennutz ist, gaben Sie oft für selbstlose Sorge um die leidende Menschheit aus. Sie sind unter sich, meine Herren, lassen Sie die Maske fallen und seien Sie einmal ehrlich. Blicken Sie den Tatsachen ins Auge und stellen Sie sie mit aufrichtigen Worten fest.'

Jetzt gab es rote und zornige Gesichter an der Tafel und ein gut Teil Schrecken. Sie fürchteten sich ein wenig vor diesem jungen, bartlosen Mann, vor dem Schwung und der Kraft seiner Rede und vor seiner schrecklichen Freude daran, die Dinge beim rechten Namen zu nennen. Herr Calvin antwortete unverzüglich: 'Und warum nicht?' fragte er. 'Warum können wir es nicht machen, wie unsere Väter es gemacht haben, als die

(Eckenlarven aller Art) zu reinigen, wenn es nicht schon im Herbst geschehen ist. Seitig im Frühjahr sind Obstbäume und Beeren-Obststräucher zu spritzen gegen die verschiedenen Pilzkrankheiten. Eingehende Belehrung gegen die zweckmäßigen Methoden wie Mittel bietet eine reiche Fachliteratur und eigene sowie die Erfahrungen der Nachbarn. Das Gesprächsthema über Gartenpflege gehört zu den anregendsten und interessantesten.

Ganz unbewußt und selbstverständlich ist alle Winterarbeit im Garten auf den Empfang des Frühlings eingestellt, bis dieser selbst eines Tages mit überreicher Blütenpracht uns begrüßt, beglückt. Auf die Schneeglöckchen folgen blühender Krokus, die Szillas, die Muscari, genannt die Traubenzhyazinthe. Das kleine blaue Leberblümchen, das weiße Windröschen, Veilchen, Tulpen, Hyazinthen, Stiefmütterchen, Tausendschön, die Gartenprimel. Ende März bereits blüht der Aprikosenbaum, dann die Pfirsichbäume, die Pflaumenbäume, ihnen folgen die Kirschenbäume, Birnen- und zuletzt die Apfelbäume mit den wunderbaren rosa-weiß gefärbten Blüten. Fast unbeachtet verblühen um die Mitte des April die Stachelbeer- und die Johannisbeersträucher. Die Blütezeit der Erdbeeren gegen Ende April, anfangs Mai bedeutet gerade im Kleingarten ein besonderes Ereignis, da die Kinder gerade dem Blühen der Erdbeeren ganz besondere Beachtung zu schenken pflegen.

In den Spätsommer hinein fällt das Blühen des Flieders, des Goldregens, des Schneeballs, der Schwertlilien, der Pfingstrosen, des blutroten orientalischen Mohns. Den Abschluß des Frühlingsblütenfests bildet der Rosenstrauch, die Rose, die Königin der Blumen, gleichsam das Nahe des Sommers kündend.

Nacht der Sonnenball sich seinem Zenit, zur Zeit der längsten Tage und der kurzen Nächte, dann bietet der Garten — der kleinste Garten, das Bild höchster Lebensbejahung in unbeschreiblich mannigfaltiger Gestalt. Die buntfarbige Blütenpracht zieren zu früher Morgenstunde Milliarden diamantglänzender Taupropfen, die den Blütenzauber tausendfältig steigern, dazu Summen, Schwirren von Biene, Mücke und Käferlein, und Gaukelspiele bunter Falter, sorgloses Gezwickel und frohe Gesänge der Vogelwelt.

Bei gleichmäßigem Rhythmus ein fortwährendes Entfalten, Gestalten mannigfaltigen Lebens. Eine Sinfonie löst die andere ab, jede anders und jede nicht minder schön.

Dem Sommer folgt der Herbst mit prangenden Früchten, dem Erntesegen. Längst sind von den Kindern die leckeren Erdbeeren, Stachel- und Johannisbeeren, die Kirschen vergessen. Jetzt sind es

die Pflaumen, die Aprikosen und Pfirsiche, Äpfel und Birnen, die die begehrlichen Blicke der Kleinen auf sich lenken. Für Küche und Keller, um nur einiges zu nennen, dient das gewonnene Gemüse, der Wirsingkohl, der Rotkohl, Sellerie, Porree, die Petersilienwurzel und nicht zu vergessen der auf dem Komposthaufen gewachsene Riesenkürbis. Die Herbstblätter in allen Farbtönen in Gemeinschaft mit riesigen Sonnenblumen und Stockrosen beschließen so ganz allmählich die blühende Farbenpracht des Gartens. Und mit den ersten Schneeflocken beginnt oder endet der rhythmische Kreislauf.

Der von der Scholle losgelöste Mensch entbehrt all die Freuden, Genüsse des geheimnisvollen und wunderbaren Naturgeschehens, die der Garten so ganz unmittelbar vermittelt, ganz zu schweigen von dem Gewinn an Gesundheit, namentlich für das Kind, dem Gewinn an reichen, ideellen Werten.

Das Wohnen in der vierstöckigen Mietkaserne wird heute nur erträglich durch die Ausgleichswerte des Gartens. Solange eine planmäßige Auflockerung der Großstadt durch Schaffung von Wohnhäusern mit Gärten nur langsam Fortschritte macht, ist es geboten, für die gartenlosen Bewohner in erreichbarer Nähe Gartenkolonien zu unterhalten, gegebenenfalls solche zu schaffen und dauernd zu erhalten. Die Aufwendungen dafür bringen der ganzen Volkswirtschaft sowie dem einzelnen Menschen reichen Zinsgewinn, gewiß im gleichen Maße als irgendeine Sportart. Es muß schon mal ausgesprochen werden, daß für den Sport oft viel freigebiger Aufwendungen gemacht werden als für die Förderung des Kleingartenwesens.

Damit soll grundsätzlich nichts gegen den Sport, die Sportbewegung, gesagt sein. Was hervorgehoben werden soll, ist, daß das Kleingartenwesen von allen Wirtschaftspolitikern mit gleichem Maße wie die Sportbewegung gemessen und behandelt, d. h. gefördert werden soll, was leider oft nicht immer geschieht. Ganz allgemein nimmt der Sport die jüngeren Jahrgänge in Anspruch, zum anderen bietet er dem Kinde sowie dem Familienleben doch nicht solche großen ethischen Werte als der Kleingarten.

In diesem knappen Aufsatz konnten nur die wesentlichsten, die vielleicht charakteristischsten Züge des Kleingartens, der Kleingartenbewegung, berührt werden. Symptomatisch für unsere Zeit, die gegenwärtige Wohnungskultur, namentlich in den Großstädten, ist der geradezu elementare Drang der großstädtischen Bevölkerung zur Scholle, zur Wohnung mitten im Garten. Dieses Drängen findet den besten Ausdruck in dem Ruf: **Schafft Gärten!** X. K.

Republik gegründet wurde? Sie haben viel Wahres gesagt, Herr Everhard, so unangenehm es auch war. Aber wir sind unter uns, und da wollen wir uns aussprechen. Wir wollen alle Masken ablegen und uns zu der Wahrheit, die Herr Everhard klar und deutlich festgestellt hat, bekennen. Es ist richtig, daß wir Kleinkapitalisten hinter dem Gewinn her sind, und daß die Trusts ihn uns wegschnappen. Es ist wahr, daß wir die Trusts vernichten wollen, damit die Gewinne wieder uns zufließen. Aber warum sollten wir das nicht? Warum nicht? Ich frage, warum nicht?

„Aha, jetzt kommen wir zum Kern der Sache“, sagte Ernst mit zufriedenem Ausdruck. „Ich will Ihnen sagen, warum nicht, wenn meine Worte auch ziemlich hart sein werden. Sehen Sie, meine Herren, Sie haben Ihr Geschäft ganz gut gelernt, aber von der sozialen Entwicklung verstehen Sie gar nichts. Sie befinden sich mitten in einem Übergangsstadium der wirtschaftlichen Entwicklung, aber die verstehen Sie nicht, und daher kommt Ihre ganze Verwirrung. Warum Sie nicht zurückkehren werden? Weil Sie es nicht können. Sie können den Fluß nicht bergauf fließen lassen, und Sie können die Flut der wirtschaftlichen Entwicklung nicht in den Kanal zurückleiten, aus dem sie gekommen ist. Josua ließ die Sonne über Gibeon stillstehen, aber Sie wollen Josua noch übertreffen. Sie wollen die Sonne am Himmel rückwärts gehen lassen. Sie wollen, daß die Zeit vom Abend zum Morgen zurückgeht.“

Angeblickt der arbeitssparenden Maschinen, der organisierten Produktion, des durch Zusammenschluß erhöhten Unternehmungsgeistes, wollen Sie die wirtschaftliche Sonne um eine volle Generation oder noch mehr in jene Zeiten zurückversetzen, da es keine Großkapitalisten, keine großen Maschinen, keine Eisenbahnen gab — in die Zeit, da eine Schar kleiner Kapitalisten sich gegenseitig bekämpfte und die Produktion primitiv, zeitraubend, kostspielig und nicht organisiert war. Glauben Sie mir, Josua hatte es leichter, und dazu half ihm Jehova. Aber ihr Kleinkapitalisten

sind von Gott verlassen. Die Sonne der Kleinkapitalisten geht unter und wird nie mehr aufgehen. Und Sie haben nicht einmal die Macht, sie stillstehen zu lassen. Sie sind im Begriff, zugrunde zu gehen, und Sie sind dazu verurteilt, ganz von der Oberfläche der Gesellschaft zu verschwinden.

Das ist der Gang der Entwicklung. Es ist das Wort Gottes. Die Trusts sind stärker als der freie Wettbewerb. Der Urnensch war ein furchtbares Geschöpf, das sich in Felspalten verkroch. Aber er schloß sich zu Horden zusammen und bekriegte seine fleischfressenden Feinde. Es waren Tiere, die sich gegenseitig bekämpften. Der Urnensch war ein Gesellschaftstier, und das war der Grund, daß er die Herrschaft über die anderen Tiere errang. Und der Mensch schuf immer größere Verbände, fest gefügte Organisationen gegen den freien Wettbewerb. Es ist ein Kampf von tausend Jahrhunderten, in denen der freie Wettbewerb immer wieder geschlagen wurde. Wer sich auf die Seite des freien Wettbewerbs stellt, geht zugrunde.“

„Aber die Trusts sind doch selbst aus dem freien Wettbewerb hervorgegangen“, unterbrach ihn Herr Calvin. „Sehr richtig“, antwortete Ernst. „Und die Trusts haben selbst den freien Wettbewerb unterbunden. Daher sind Sie, Herr Calvin, nach Ihrer eigenen Aussage, nicht mehr Volkereibesitzer.“

Das erste Lachen an diesem Abend erklang am Tische, und selbst Herr Calvin stimmte ein.

„Und da wir gerade einmal bei den Trusts sind“, fuhr Ernst fort, „so lassen Sie uns ein paar Tatsachen feststellen. Ich werde einige Behauptungen machen, und wenn Sie nicht mit mir übereinstimmen, so sprechen Sie. Stillschweigen bedeutet Zustimmung. — Stimmt es nicht, daß ein mechanischer Webstuhl schneller und billiger arbeitet als ein Handwebstuhl? Er hielt inne, aber niemand widersprach ihm. „Ist es dann nicht sehr unvernünftig, die Maschine zu stürmen und zu der mühsamen und kostspieligen Methode der Handweberei zurückzukehren? Man möchte zu-

Obstbaumpflege

In der stark besuchten Straßenwörter-Versammlung des Bauamtes Wolmirstedt am 17. Dezember 1927 in Magdeburg referierte Herr Otto Marquardt, Niederndobeleben, über „Obstbaumpflege“. Wir geben daraus folgendes wieder:

Obstbäume entstehen aus Kernen und sind zunächst Wildlinge, die mehrmals verpflanzt und schließlich aufgeschult werden. Nach der Veredelung beginnt die eigentliche Aufzucht. Hochstämme mit guter Bewurzelung, starkem und geradem Stamm, auf dem eine gut vorgebildete Krone sitzt, müssen wir von den Baumschulen verlangen. Schlechtes Pflanzenmaterial kann nie gute Alleen zeitigen. Wenn wir das Baumleben näher betrachten wollen, so ist zunächst nötig, daß wir uns mit den einzelnen Teilen des Baustammes beschäftigen und deren Funktionen lernen. Ein zehn Jahre alter Baustamm durchschnitten zeigt uns an der Schnittfläche sämtliche Partien genau und deutlich. Als Zentralpunkt erkennen wir das Mark, dann folgen übereinander gelagert zehn Jahresholzringe, diese werden umschlossen von der Kambiumschicht und dem Bastring und all diese Teile werden umschlossen von der Rinde. Für das Leben und Gedeihen des Baumes ist kein Teil entbehrlich. Das Mark ist eine schwammige Masse und scheint nur im ersten Jahre, also beim einjährigen Trieb, eine Tätigkeit auszuüben. In den Jahresholzringen, die mit den Jahren immer fester werden, wird der sogenannte Transpirationsstrom nach oben zu den Blättern geleitet. Von den Wurzeln des Baumes wird das mit Nährstoffen angereicherte Bodenwasser aufgenommen und durch die Zellen der Holzrinne bis in die äußersten Spitzen des Baumes geleitet. Die Blätter verarbeiten mit Hilfe ihres Blattgrüns unter Einwirkung des Sonnenlichtes diesen Rohsaft zu Stärke und verdunsten das Wasser durch Spaltöffnungen an ihrer Unterseite. Zur Nachtzeit verwandelt sich die Stärke zu flüssigem Zucker und wandert nach unten in alle Teile des Baumkörpers, und zwar dahin, wo sie in zukünftigen Zeiten gebraucht wird. Wir finden sie dann wieder in fester Form als sogenannte Reservestoffe eingelagert, um bei der folgenden Vegetationsperiode als Blatt und Blüte und letzten Endes als Frucht zu erscheinen. Dieser abwärts fließende Strom des Bildungsaftes (Stärke resp. Zucker), den wir Assimilationsstrom nennen, erfolgt nur in dem Bastring. Der Kambiumring besorgt das Dickenwachstum des Stammes, der Wurzeln und der Äste und Zweige, indem er nach dem Bauminnern alljährlich einen neuen Holzring entstehen läßt und nach außen den Bastring erneuert. Da die letzten Jahresringe sowie Kambium und Bast weiche Partien sind,

so legt sich zu deren Schutz die Rindenschicht darüber. Alle Rinde wandelt sich durch die Witterungsverhältnisse in Borke um und wird durch das Dickenwachstum des Baumes gelegentlich abgestoßen.

Der Vortragende ging dann über auf die Baumpflege. Wenn die Baumtransporte eine längere Bahnfahrt durchgemacht haben, so ist es möglich, daß sie in sehr trockenem Zustande ankommen. Es ist dann Sorge dafür zu tragen, daß die Bäume sich wieder voll und prall füllen können. Ein Vollbad der Bäume im Dorfteich von 48stündiger Dauer und danach guter Einschlag beseitigt den Schaden. Kommen jedoch Bäume in gefrorenem Zustande an, so ist auf keinen Fall sofort auszupacken. Die Ballen sind in einen Raum zu bringen, der nur einige Grade über Null zeigt. Erst nach ganz langsamem Auftauen sind die Ballen zu öffnen und die Bäume in Einschlag zu bringen. Das Pflanzloch soll mehr breit als tief sein, denn durch ein tiefes Pflanzloch werden die Wurzeln zu früh in die Tiefe gelockt und stocken dann, wenn die durch Aushub gelockerte Erde durchlaufen ist. Diese Wachstumstockung der Wurzeln teilt sich naturnotwendig dem ganzen Baume mit. Nach der Beschreibung des Baumgeschlechtes wurde der Wurzelschnitt zur Darstellung gebracht. Alle Wurzeln in Stärke eines schwachen Strohhalmes müssen an ihren Enden beim Pflanzen beschnitten werden, damit sich unter dem Schutze von Kallus neue Wurzeln bilden.

Die Schädlingsbekämpfung ist ein sehr wichtiger Teil der Baumpflege. Wer erfolgreich Schädlinge bekämpfen will, muß zunächst ihre Lebensweise kennenlernen. Er muß die Uebergangsformen der Käfer und Schmetterlinge genau beherrschen, z. B. einer Raupe, Puppe, Schmetterling. Eine Bekämpfung kann bei jeder dieser Formen einsetzen. Bei den tierischen Schädlingen haben wir zu unterscheiden, ob es sich um ein fressendes oder fressendes Insekt handelt. Wenn wir uns bei ersterem der Reizmittel und Öle bedienen, so haben wir bei letzteren zu den Magen giften zu greifen, die stets Arsenik enthalten und durch Verstäubersprizen zu verteilen sind. Um zu zeigen, wie der Baumpfleger sich genaueste Kenntnis der Lebensweise eines jeden Schädlings verschaffen muß, wurde der Lebensgang der Blutlaus vom Vortragenden genau beschrieben.

Zum Schluß des Vortrages wurde auch der Nützlinge aus der Insektenwelt gedacht. Es sind dies hauptsächlich die Marienkäferarten mit ihren Larven, die Florfliegen und Schlupfwespen. Nicht vergessen wurden die nützlichen Vögel aus den Arten der Meisen, Rotschwänzchen, Fliegenschnäpper und Bachstelzen.

stimmend mit dem Kopfe. „Finden Sie nicht, daß die unter dem Namen Trust bekannte Organisation wirksamer und billiger arbeitet als tausend miteinander konkurrierende kleine Gesellschaften?“ Niemand hatte etwas einzuwenden. „Ist es dann nicht unvernünftig, diese billigen und wirksamen Organisationen zu vernichten?“

Canne antwortete niemand. Dann erwiderte Herr Kowalski das Wort: „Was sollen wir denn tun? Die Vernichtung der Trusts ist das einzige Mittel für uns, ihrer Herrschaft zu entkommen.“

Ernst war sofort Feuer und Flamme.

„Ich werde Ihnen einen anderen Weg zeigen“, rief er. „Wir wollen diese wundervollen Maschinen, die so wirksam und billig arbeiten, nicht zerstören. Wir wollen sie beaufsichtigen. Wir wollen Nutzen aus ihrer Wirksamkeit und Billigkeit ziehen. Lassen Sie sie für uns selbst laufen. Lassen Sie uns die gegenwärtigen Besitzer dieser vorzüglichen Maschinen enteignen und selbst die Maschinen in Besitz nehmen. Das, meine Herren, ist Sozialismus, eine umfassendere Vereinigung als die Trusts, eine höhere wirtschaftliche und soziale Organisation, als die Erde sie je gesehen hat. Das ist die Entwicklungslinie. Wir begegnen der Organisation mit einer noch höheren Organisation. Das schafft uns den Sieg. Kommen Sie herüber zu den Sozialisten und kämpfen Sie auf der Seite der Sieger.“

Jetzt erhob sich Widerspruch. Man schüttelte die Köpfe, und Murren wurde hörbar.

„Also schön, Sie ziehen es vor, Anachronisten zu sein“, lachte Ernst. „Sie wollen lieber atavistische Rollen spielen. Aber wie alle Atavisten, sind auch Sie dem Untergang geweiht. Haben Sie sich gefragt, was aus Ihnen werden soll, wenn noch größere Verbände als die gegenwärtigen Trusts entstehen? Haben Sie je überlegt, was Sie tun werden, wenn die großen Trusts selbst in dem Verband der Verbände, dem sozialen, wirtschaftlichen und politischen Trust — aufgehen?“ Er wandte sich plötzlich an Herrn Calvin.

„Habe ich nicht recht? Sie fühlen den Drang, eine neue politische Partei zu gründen, weil die alte Partei in der Gewalt der Trusts ist. Das größte Hindernis für Ihre Bauernpropaganda sind die Trusts. Hinter jedem Hindernis, dem Sie begegnen, in jedem Schlag, der Sie trifft, in jeder Niederlage, die Sie erleiden, spüren Sie ihre Hand. Stimmt das nicht? Antworten Sie mir.“ Herr Calvin hülfte sich in ein unbehagliches Schweigen.

„Bitte“, ermunterte Ernst ihn.

„Es ist wahr“, gestand Herr Calvin, „wir brachten in der Regierung von Oregon ein glänzendes Schutzgesetz gegen die Trusts durch, aber der Gouverneur, eine Kreatur des Trusts, legte sein Veto ein. Wir wählten einen Gouverneur für Colorado, aber er durfte sein Amt nicht antreten. Zweimal brachten wir eine staatliche Einkommensteuer durch, und beide Male verwarf sie der oberste Gerichtshof als verfassungswidrig. Die Gerichtshöfe befinden sich in den Händen des Trusts. Wir, das Volk, bezahlen unsere Richter unzureichend. Aber es wird eine Zeit kommen —“

„Da die Trusts in ihrer Gesamtheit die ganze Gesetzgebung kontrollieren und selbst die Regierung sein werden“, unterbrach ihn Ernst.

„Niemals! Niemals!“ rief es. Alle waren aufgeregt und kampfbereit.

„Sagen Sie mir“, fragte Ernst, „was werden Sie tun, wenn diese Zeit kommt?“

„Wir werden uns aus aller Kraft dagegen stemmen“, rief Herr Asmunsen, und alle stimmten ihm bei.

„Das würde Bürgerkrieg heißen“, warnte Ernst sie.

„Dann mag es Bürgerkrieg sein“, antwortete Herr Asmunsen, und alle Anwesenden riefen ihren Beifall.

„Wir haben die Taten unserer Vorfahren nicht vergessen. Wir sind bereit, für unsere Freiheit zu kämpfen und zu sterben.“

Das Anbinden der Bäume

Ist eine Angelegenheit, der viele Gartenbesitzer zu ihrem eigenen Schaden recht wenig Aufmerksamkeit zuwenden. Der Baum bekommt wohl einen Pfahl, wie der aber aussieht und ob er zweckmäßig ist, das gilt oft als Nebensache. Wie es unsere Abbildung 1 zeigt, so sieht es vielfach in Wirklichkeit aus. Es wird ein Pfahl genommen, der oftmals sogar noch kantig ist, der bis in die Krone hineingeht. Bei jedem Luftzug bewegt sich der Baum und reißt die junge Rinde durch. Sehr bald verkrebt die Stelle, und der Baum beginnt zu fischen. Dann das Baumband. Es wird lose



Abb. 1

Abb. 2

nicht herunterrutschen, und der Baum erleidet keinen Schaden. Es ist Ansichtssache, ob das untere Baumband nicht vielleicht etwas höher angebracht werden soll, gerade in solchen Dingen gehen die Ansichten oft recht weit auseinander. Den Ausschlag gibt aber das obere Baumband, ist das richtig angebracht, so kann bei einem

und liederlich um Baum und Pfahl geschlungen, so daß es bei der geringsten Ursache herunterrutscht und keinen Zweck mehr hat. Vor allen Dingen ist es

nötig, zu Baumbändern nicht zusammengedrehte Säcke und Tuchstreifen zu nehmen. Sie bilden gute Schlupfwinkel für Schädlinge aller Art. Am besten eignen sich für Baumbänder Kokosstricke. Sie sind das billigste und haltbarste Bindematerial. Ein richtig angebundener Baum soll einen Pfahl bekommen, der eine Hand breit unter dem ersten Ast endet. (Abb. 2.) Das Baumband soll in Form einer *o* um Stamm und Pfahl gelegt werden. Dann hält es fest, kann

sonst gefunden und kräftigen Baum das untere überhaupt fehlen. Am besten ist es, man kauft von Anfang an nur solche Bäume, die ohne Pfahl gedeihen können. Er soll ja überhaupt nur ein Behelfsmittel sein.

Technik und Verkehr

Menschen- und Tierwelt unterlegen. Trotz fortschreitender „Eroberung der Luft“ durch den Menschen zeigt sich, daß auf diesem Gebiet selbst unsere beste Leistung, z. B. der Höhenrekord unseres Flugzeuges von 8000 bis 10 000 Meter, von der Vogelmwelt übertroffen wird, indem nämlich der Kondor (ein Raubvogel in den Kordilleren, Südamerika) bis zu 14 000 Meter hochsteigt. Auch der Geschwindigkeitsrekord in der Flugtechnik kann sich mit der Vogelleistung nicht messen, wenn man die Stundenleistung eines Mauerseglers (einer Schwalbenart) betrachtet, die 288 Kilometer beträgt, während in derselben Zeit unser Flugzeug als Rekordleistung nur 274 Kilometer aufweist.

Nilmesser sind Wasserstandsmesser, die den jeweiligen Wasserstand des Nils sorgfältig aufzeichnen. Ägyptische Inschriften enthalten Angaben über die jährliche Nilhöhe schon aus dem vierten Jahrtausend v. Chr. Noch heute sind solche alten Nilmesser in Gebrauch. Einer von ihnen befindet sich auf der Nilinsel Elephantine bei Assuan und ist ein schmaler, mit dem Nil in Verbindung stehender gemauerter Schacht. Treppen führen zum Wasserspiegel hinab; die Mauern zeigen Skalen (Zahlenreihen) mit griechischen Bezeichnungen aus alter Zeit. Nach tausendjähriger Vergessenheit wurde dieser Nilmesser 1870 wieder hergestellt. Sechzehn griechische Ellen bezeichnen den günstigsten Wasserstand des Nils. Eine berühmte Marmorgruppe, die im 16. Jahrhundert in Rom gefunden wurde, stellt den Nil als reifen kraftvollen Mann dar, in liegender Stellung, und sechzehn Knaben klettern an ihm empor. Das sechzehnte Knäblein schaut oben vom Füllhorn mit Früchten, das der Vater in der Hand hält, mit vergnügtem Gesicht herab — das Symbol für die Fruchtbarkeit bei dem Wasserstand von 16 Ellen.

Der längste Tunnel der Welt ist der „Simplon“. Er hat eine Länge von 1730 Metern und verbindet die Schweiz mit Italien. Seine Baukosten betrugen circa 65 Millionen Mark. Vor seiner Erbauung war die von Napoleon I. mit einem Kostenaufwand von etwa 18 Millionen Frank erbaute 67 Kilometer lange Simplonpassstraße die Verbindung beider Länder. Die Pashöhe beträgt circa 2000 Meter, während der höchste Tunnelpunkt nur 705 Meter hoch liegt.

Ernst lächelte und sagte: „Vergessen Sie nicht, wir sind stillschweigend übereingekommen, daß in Ihrem Falle, meine Herren, Freiheit heißt, aus andern Profite herauszupressen.“

Jetzt war die Tafelrunde aufgebracht und zornig, aber Ernst beschwichtigte den Tumult und verschaffte sich Gehör.

„Noch eine Frage. Wenn Sie sich unter Anwendung von Gewalt erheben, dann erinnern Sie sich bitte: die Ursache Ihrer Erhebung wird sein, daß die Regierung sich in den Händen der Trusts befindet. Daher wird die Regierung Ihnen die reguläre Armee, die Flotte, die Miliz, die Polizei, kurz, die ganze organisierte Kriegsmacht der Vereinigten Staaten entgegenstellen. Wo bleiben Sie dann?“

Schrecken prägte sich auf ihren Gesichtern aus, und ehe sie sich erholen konnten, fuhr Ernst fort:

„Erinnern Sie sich, daß unsere reguläre Armee vor nicht langer Zeit nur fünfzigtausend Mann betrug? Von Jahr zu Jahr wuchs sie, und heute ist sie dreihunderttausend Mann stark.“

Er holte zu einem neuen Schlage aus.

„Das ist noch nicht alles. Während Sie eifrig Ihrem Lieblingsphantom nachjagen und moralische Betrachtungen über Ihren angebeteten Götzen, den freien Wettbewerb, anstellen, haben die Trusts weit größere und schrecklichere Dinge vollbracht. Denken Sie an die Miliz.“

„Sie ist unsere Stärke“, rief Herr Kowalt. „Mit ihr schlagen wir die reguläre Armee.“

„Sie werden selbst in die Miliz eingereiht werden“, erwiderte Ernst. „Und man wird Sie nach Maine oder nach Florida oder nach den Philippinen oder sonst irgendwohin schicken, um Ihre eigenen Kameraden, die um der Freiheit willen im Bürgerkriege stehen, umzubringen. Unterdessen werden Ihre Kameraden aus Wisconsin oder Kansas oder irgendeinem andern Staate zur Miliz eingezogen und nach Kalifornien geschickt, um hier Ihre Kameraden umzubringen.“

Jetzt waren sie wirklich erschüttert, sie saßen wortlos da, bis Herr Owen schließlich murmelte:

„Wir werden nicht zur Miliz gehen. So verrückt werden wir nicht sein.“

Ernst lachte hell auf.

„Sie kennen die zustande gekommene Derquickung nicht, Sie haben keinen Ausweg. Sie werden in die Miliz geschleift werden.“

„Es gibt noch etwas wie ein Zivilrecht“, beharrte Herr Owen.

„Nicht, wenn die Regierung das Zivilrecht aufhebt. An dem Tage, an dem Sie davon reden, sich zu erheben, wird man Ihre eigene Macht gegen Sie ausspielen. Sie müßten zur Miliz, ob Sie wollten oder nicht. „Habeas corpus“ höre ich einen murmeln: Statt „habeas corpus“ würde es für Sie „post mortem“ geben. Wenn Sie den Eintritt in die Miliz oder nach Ihrem Eintritt den Gehorsam verweigerten, würde man Sie vor ein Kriegsgericht stellen und wie Hunde niederknallen. Das ist das Gesetz.“

„Das ist das Gesetz nicht“, behauptete Herr Calvin mit Bestimmtheit. „Ein solches Gesetz gibt es nicht. Junger Mann, Sie träumen. Sie sprechen von einer Verwendung der Miliz auf den Philippinen. Aber das ist verfassungswidrig. Die Verfassung sagt ausdrücklich, daß die Miliz nie außer Landes geschickt werden darf.“

„Was hat die Verfassung damit zu tun?“ fragte Ernst. „Die Gerichtshöfe legen die Verfassung aus, und die Gerichtshöfe sind, wie Herr Asmussen mir bestätigt hat, Kreaturen der Trusts. Außerdem ist es Gesetz, wie ich gesagt habe; schon seit Jahren, meine Herren, seit neun Jahren.“

„Daß wir zur Miliz ausgehoben werden können?“, fragte Herr Calvin ungläubig. „Daß man uns im Weigerungsfalle durch ein Kriegsgericht erschießen könnte?“

„Ja“, erwiderte Ernst, „eben das.“

„Wie kommt es denn, daß wir nie etwas von diesem Gesetz gehört haben“, fragte mein Vater. und ich merkte, daß es auch für ihn neu war.

Fortf. folgt.

Abschluß der Hauptkasse vom 3. Quartal 1927

Der vorliegende Quartalsabschluß zeigt wieder eine erfreuliche Zunahme der Mitglieder gegenüber dem Vorquartal. In großen Zügen betrachtet, gleicht das Bild der Abrechnung dem vorhergehenden Abschnitt. Die Abweichungen unter Einnahme sowohl, wie auch unter Ausgabe sind unwesentlich.

Die Mitgliederzunahme beträgt 3493 buchmäßige und 7049 zahlende. Unter 223.159 buchmäßigen Mitgliedern sind 206.962, also 92,7 Proz. vollzahlende zu verzeichnen. Mit der Erhöhung der Mitgliederzahlen und des prozentualen Anteils der zahlenden Mitglieder ist gleichzeitig auch eine Steigerung des wöchentlichen Durchschnittsbeitrages festzustellen. Dieser hat sich von 63 auf 66 Pf. pro Kopf und Woche erhöht. Hierbei ist zu berücksichtigen, daß bei der Errechnung des Durchschnittsbeitrages 7685 Pensionäre erfasst sind. Werden diese bei der Errechnung außer Ansatz gelassen, so erhöht sich der wöchentliche Durchschnittsbeitrag auf 68 Pf.

An Mitgliederbeiträgen sind für die Hauptkasse 1.105.122,54 Mk. vereinnahmt. Das bedeutet gegenüber dem 2. Quartal ein Plus von 70.155,43 Mk.

An Zinsen wurden 8893,53 Mk. weniger vereinnahmt. Der Ausfall an Zinsen erklärt sich durch die halbjährliche Zinsberechnung. Diese erscheinen im 4. Quartal. Die zurückgesandten Vorschüsse von 1310 Mk. decken sich mit dem von der Hauptkasse verabsorgten Betrage. Die sonstigen Einnahmeposten, die gegenüber den Einnahmen aus den Mitgliederbeiträgen weit zurücktreten, zeigen gegenüber dem 2. Quartal geringe Verschiebungen.

Nach Abzug des Bestandes vom 2. Quartal und der durchlaufenden Posten verbleibt eine Nettoeinnahme von 1.122.518,70 Mk. Das ist gegenüber dem 2. Quartal ein Plus von 57.797,07 Mk.

Wenn wir eine etwas erhöhte Einnahme verzeichnen, so weisen auch die Ausgaben eine bedeutende Höhe auf. Obwohl wir von größeren Wirtschaftskämpfen verschont blieben, zahlte die Hauptkasse im Interesse unserer Kollegen im 3. Quartal an Gemahregelten-, Arbeitslosenunterstützungen u. 202.954,59 Mk. Erfahrungsgemäß tritt im 4. Quartal allein für diese Zwecke eine gewaltige Steigerung ein.

Die nachfolgenden drei Posten weisen gegenüber dem vorigen Quartal nur geringe Unterschiede auf. Die Position „Lohnbewegung durch das Hauptbureau“ ergibt eine Mehrausgabe gegenüber dem 2. Quartal von 4590,68 Mk., während sich die Ausgabe für „Stellennachweis“ innerhalb der früheren Grenze hält. Der Betrag für „Teilnahme an Konferenzen“ hat sich von 49.104,61 auf 16.348,25 Mk. gegenüber dem 2. Quartal verringert. Die Position „Beitrag an den A.D.G.B., A.D.B. und die Internationale“ weist eine Steigerung von 17.705,40 Mk. auf. In dem Betrag ist der alljährlich zum Bildungsfonds an den A.D.G.B. zu leistende Betrag von 9.353,10 Mk. enthalten. Ebenfalls wurden im 3. Quartal die Beiträge an die Internationale für zwei Quartale im Betrage von 8030,80 Mk. abgeführt. Dieser Betrag wird halbjährlich bezahlt. Die Ausgabe für „Die Gewerkschaft“ weist eine Steigerung von 6286,73 Mk. auf. Die Ausgabenpositionen „Unterrichtskurse und Bildungsmittel“, „Literatur“, „Bücher und Schriften“ erforderten 37.184,79 Mk. In diesem Posten erscheinen auch die Aufwendungen, die zur Unterhaltung und Ergänzung der bestehenden Bibliotheken im Haupt- und in den Gaubureaus nötig sind.

Die Ausgabenposten „Vorschüsse an die Filialen“, „An die Vermögensverwaltung“, „An die Unterstützungskasse“ sind sogenannte durchlaufende Summen.

Der an die Vermögensverwaltung abgeführte Betrag tritt in der Jahresbilanz dieser Gesellschaft in Erscheinung.

Die persönlichen und sächlichen Verwaltungskosten bewegen sich in den üblichen Grenzen.

Wenn so der Abschluß der Hauptkasse ein günstiges Bild der finanziellen Leistungsfähigkeit unseres Verbandes zeigt, so dürfen wir nicht vergessen, daß dies nur ein Teilabschnitt der Gesamtleistungen unseres Verbandes ist. Wir empfehlen unseren Kollegen besonders das Studium der Aufstellung über die Mitgliederbewegung und die finanziellen Leistungen der einzelnen Gaue.

Die Beitragsleistung verteilt sich auf 2.654.971 Einzelbeiträge. Die Gesamtbeitragsleistung also für Hauptkasse und Filialkassen zusammen ergab 1.762.031,20 Mk. An Ortszuschlägen und sonst-

gen Einnahmen der Filialen wurden 100.726,52 Mk. aufgebracht. Insgesamt erreichten die Einnahmen für Haupt- und Filialkassen die Summe von 1.862.757,72 Mk.

Die Bestände der Filialkassen haben eine Erhöhung gegenüber dem 2. Quartal von 122.041,22 Mk. erfahren. Am Schluß des 3. Quartals wurde in 878 Filialen ein Bestand von 1.140.157,83 Mark nachgewiesen.

Somit zeigt der Gesamtabchluß eine stetige Dormwärtsentwicklung unseres Verbandes, mit der auch die finanzielle Leistungsfähigkeit gleichen Schritt hält.

Abrechnung der Hauptkasse vom 3. Quartal 1927

Einnahmen:

Bestand vom 2. Quartal 1927	1.481.990,08 Mk.
Mitgliederbeiträge	1.105.122,54 "
„Die Gewerkschaft“	8.405,63 "
Zinsen	1.041,65 "
Zurückgezahlte Vorschüsse	1.310,— "
Beiträge zur Unterstützungsvereinigung	13.204,42 "
Von der Vermögensverwaltung	13.009,58 "
Bücher und Schriften	3.100,99 "
Kalender	46,20 "
Sonstige Einnahmen	4.801,69 "
Summa	2.632.032,78 Mk.

Ausgaben:

Streitunterstützung	1.248,04 Mk.
Gemahregeltenunterstützung	1.768,— "
Rechtschutz	4.182,58 "
Arbeitslosenunterstützung	20.369,34 "
Krankenunterstützung	136.905,93 "
Sterbeunterstützung	38.480,70 "
Agitation durch die Gaubureaus	73.255,68 "
Lohnbewegung durch die Gaubureaus	93.115,10 "
Agitation durch das Hauptbureau	7.906,25 "
Lohnbewegung durch das Hauptbureau	8.633,70 "
Stellennachweis	1.632,60 "
Teilnahme an Konferenzen	16.348,25 "
Beitrag an den A.D.G.B.; an A.D.B. und Internationale	29.289,10 "
„Die Gewerkschaft“	125.975,87 "
Unterrichtskurse und Bildungsmittel	27.830,47 "
Literatur	1.389,07 "
Bücher und Schriften	7.965,25 "
Inventar	1.110,25 "
Vorschüsse an die Filialen	1.310,— "
An die Vermögensverwaltung	14.559,80 "
An die Unterstützungskasse	15.270,— "
Persönliche Verwaltungskosten:	
Gehälter	20.422,10 "
Sitzungsgelder	334,50 "
Versicherungsbeiträge	3.069,13 "
Sächliche Verwaltungskosten:	
Druckkosten	12.050,20 "
Bureaukosten	2.833,80 "
Materialien für die Filialen	20.767,74 "
Porto	6.309,81 "
Miete, Reinigung, Heizung, Beleuchtung	8.151,51 "
Sonstige Ausgaben	204,15 "
Summa	701.588,92 Mk.

Abschluß:

Einnahmen inkl. Bestand vom 2. Quartal 1927	2.632.032,78 Mk.
Ausgaben	701.588,92 "
bleibt Bestand	1.930.443,86 Mk.

Berlin, den 28. Dezember 1927.

Adam Ruppert, Hauptkassierer.

Revidiert und für richtig befunden.

Die Revisoren:

Friedrich Perßig. Bruno Otto. Albert Kunkel.

Einnahmen und Ausgaben der

Verbands Nr.	Wirtschaftsbezirke bzw. Gaue	Zahl der Mitglieder				Einnahmen													
		in diesem Quartal	im vorigen Quartal	mehr	weniger	Bestand bei der letzten Ab- rechnung		Beiträge		Extra- steuern		Sonstige Einnahmen		Vorschuß der Hauptkasse		Summe der Einnahmen			
						ℳ	ℳ	ℳ	ℳ	ℳ	ℳ	ℳ	ℳ	ℳ	ℳ	ℳ	ℳ	ℳ	ℳ
1	Baden																		
2	Karlsruhe	7871	7800	71	—	30008	15	72705	45	4727	70	689	55	—	—	108130	55		
3	Bayern	970	1008	—	38	5895	47	6615	—	507	85	102	90	—	—	13121	22		
4	München	8853	8749	104	—	69249	36	67892	85	364	55	603	57	—	—	138110	33		
5	Nürnberg	6458	6334	124	—	30454	71	55169	65	1440	70	2990	93	—	—	96046	09		
6	Brandenburg	7455	7089	366	—	19208	98	47859	90	2086	10	1000	10	830	—	70985	08		
7	Groß-Berlin	29432	28624	808	—	200321	87	272953	95	—	—	4426	97	—	—	477702	79		
8	Hamburg	23891	23637	254	—	208416	59	239281	95	2246	90	882	08	—	—	450827	52		
9	Hannover	7122	7060	62	—	26987	17	47408	40	811	55	841	97	—	—	76049	09		
10	Mitteldeutschland																		
	Halle	3503	3477	26	—	8043	43	23272	05	1107	15	95	55	—	—	32518	18		
	Magdeburg	8215	7998	217	—	17449	80	53740	25	6707	35	3308	31	—	—	81205	71		
11	Nordwest	5876	5816	60	—	25474	97	45222	80	7619	65	298	52	—	—	78615	94		
12	Bremen	6364	6352	12	—	19409	36	43415	60	4606	80	391	55	—	—	67823	81		
13	Schleswig-Holstein, Mecklenburg	9380	9257	123	—	16415	68	54697	65	2100	90	710	24	—	—	73924	42		
14	Ostpreußen																		
	Pommern	1575	1540	35	—	3403	71	9284	90	224	60	147	68	—	—	13060	89		
15	Stolberg	3813	3716	97	—	6583	94	23018	30	557	65	58	55	—	—	30218	44		
16	Stettin	9590	9788	—	198	22551	07	76392	50	810	75	221	40	300	—	100275	72		
17	Rheinland	16944	16547	397	—	70868	88	136375	75	11471	—	1487	04	—	—	220202	67		
18	Rhein-Main	3853	3489	364	—	13241	22	31371	35	856	15	76	76	180	—	45725	48		
	Rhein-Elbe-Saarland																		
	Sachsen	12148	12052	96	—	44065	91	86341	55	5698	40	1198	34	—	—	137304	20		
19	Dresden	7229	7126	103	—	18875	19	52455	60	369	25	95	62	—	—	71795	66		
20	Leipzig	7220	7225	—	5	29526	91	61548	70	1752	35	616	46	—	—	93444	42		
21	Schlesien	11037	10838	199	—	31267	20	70685	40	5495	70	528	38	—	—	107976	68		
22	Thüringen	5784	5711	73	—	15183	80	41581	85	3258	25	372	17	—	—	60396	07		
23	Westfalen	12759	12432	327	—	45872	45	93135	10	12268	30	1392	50	—	—	152668	35		
24	Württemberg	5681	5599	82	—	33340	84	48970	85	780	10	319	68	—	—	83411	47		
25	Einzelmitglieder	106	102	4	—	—	—	642	85	—	—	—	—	—	—	642	85		
26																			
Im 3. Quartal 1927		223159	219666	3734	241	1018116	61	1762031	20	77869	70	22856	82	1310	—	2882184	33		
" 2. " 1927		219666	219937	5730	1	925286	82	1650345	30	71357	50	17926	01	1326	—	2666241	08		

Nordwestdeutsche Wasserstraßenkonferenz

Die Nordwestdeutsche Wasserstraßenkonferenz am Sonntag, 18. Dezember, in Hamburg umfasste außer den Vertretern der Verbandskörperschaften, Vertreter des Hauptbetriebsrates sowie der Bezirksbetriebsräte Bremen und Hamburg und Vertreter aus dem Reichswasserstraßenbeirat sowie aus dem Elbe- und Rheinwasserstraßenbeirat. Des ferneren waren Vertreter unseres Verbandes aus den übrigen Teilen des Deutschen Reiches anwesend. In seinen Begrüßungsworten stellte Bezirksleiter Beger fest, daß von den insgesamt 5276 Beschäftigten an den Wasserstraßen im Wirtschaftsbezirk Nordwest 2896 unserem Verband angehören, während der übrige Teil der Beschäftigten sich auf eine Anzahl weiterer Organisationen verteilt. Auch die christliche Wasserstraßengewerkschaft hat im Gebiet des Wirtschaftsbezirks Nordwest vereinzelte Mitglieder. — Ueber „Das Deutsche Wasserstraßenwesen“ referierte Kollege Schütt:

Das deutsche Wasserstraßennetz hatte vor dem Kriege eine Gesamtlänge von 14534 Kilometer, darunter 10 000 Kilometer schiffbare Binnenwasserstraßen; der Friedensvertrag brachte mit den Verlusten an Landgebiet auch einen Verlust von 1670 Kilometer Wasserstraßen. Die heutige Gesamtlänge der Wasserstraßen betrage demnach 12 864 Kilometer, wovon 9600 Kilometer schiffbare Binnenwasserstraßen ist. Im Vergleich hierzu steht das Eisenbahnnetz mit 52 000 Kilometer und das Landstraßennetz mit 180 000 Kilometer. An Hand geographischer Skizzen erläuterte Redner die Tragfähigkeit der natürlichen und der künstlichen Wasserstraßen. Die leistungsfähigsten Wasserstraßen seien im Wirtschaftsbezirk Nordwest unseres Verbandes zu finden, in welchem den Zubringerstraßen zur Ost- und Nordsee die bedeutendste Rolle zufalle. Eingehende Würdigung fanden die geplanten Kanalbauprojekte Elbnizkanal, Aachen-Rheinkanal und Sanja-kanal. Besondere Bedeutung für Mecklenburg würde nach Fertigstellung des im Bau befindlichen Mittellandkanals das Projekt eines Kanals gewinnen, der die Elbe von Wittenberge—Grabow—Schwerin—Wismar mit der Ostsee verbindet. Unter den Binnenschiffahrtsschleusen wird die noch im Bau befindliche Schleuse Anderten am Mittellandkanal mit einem Gefälle von 15 Metern die erste Stelle einnehmen. Nach dem seit mehr als 20 Jahren im Betrieb befindlichen Schiffshebewerk Rauzel bei Dortmund sei nunmehr mit dem Bau eines Schiffshebewerkes bei Nieder-Finow für den Hohenzeckkanal begonnen, welches 1000-Tonnen-Fahrzeuge einen Höhenunterschied von 36 Meter überwinden lassen werde. Die Kosten des Wasserstraßenwesens für Binnenschiffahrtswerte, bezogen auf die Bereithaltung und den Betrieb der Fahrstraße einschließlich der Personal- und Verwaltungskosten seien mit 30 Millionen Mark jährlich festgesetzt. Hier- von würden 10 Millionen Mark aus den Einnahmen an Schiffsabgaben gedeckt. Der reichsseitige Zuschuß betrage demnach 20 Millionen Mark. Dieser Zuschuß sei jedoch nicht als verloren zu betrachten. Die Wasserstraßen seien eben nicht nur als Verkehrsstraßen zu bewerten,

sondern sie erfüllten weitere Zwecke, für welche die 20 Millionen Mark Zuschuß verrechnet werden müßten. Der heute noch unter dem Namen Kaiser-Wilhelm-Kanal bestehende Nordostkanal sei ehemals für reine Zwecke der Landverteidigung gebaut und erst nach dem Krieg auf wirtschaftliche Zwecke umgestellt worden. Die Entnahme von Trinkwasser, die Ent- und Bewässerung von Ländereien zur Förderung ihrer landwirtschaftlichen Nutzung, die Regelung der Vorfluten durch Weiterführung zuffließender Gewässer, die Verhütung von Überschwemmungen durch Bau von Deichen und Küstenbefestigungen, die Landgewinnung durch Deich- und Dammbauten stellten auf die Erringung kultureller Werte ab. 1926 sei allein durch Hochwasser Schäden dem Deutschen Reich ein Verlust von 100 Millionen Mark entstanden. Die im Jahre 1927 eingetretenen Schäden seien jetzt schon noch weit höher. Auch in gewerblicher und industrieller Hinsicht gebühre den Wasserstraßen und ihrer Pflege eine hohe Bedeutung. Neben der direkten Verwertung der Wasserkraft in Tausenden von Betrieben würde heute bereits durch Uebertragung der Wasserkraft in eigens dazu angelegten Lauf- und Staukraftwerken 17 Prozent der gesamten elektrischen Energie in Deutschland erzeugt. Der auf die Förderung des Verkehrs, auf die Sicherung des Lebens, der Gesundheit und des Eigentums der Anlieger, auf die Unterstützung der Land- und Forstwirtschaft, auf die Belebung des Gewerbes und auf die Versorgung der Industrie gerichtete Zweck des Wasserstraßenwesens gebe diesen Betrieben den Charakter von Betrieben mit sehr hohen wirtschaftlichen Zwecken, wenn auch das Reichsverkehrsministerium lediglich aus Angst vor den in diesem Fall günstigen Bestimmungen des Betriebsrätegesetzes diese Tatsache noch nicht anerkennen wolle. Die Vielseitigkeit in der Zweckbestimmung des Wasserstraßenwesens habe zur Bildung einer großen Anzahl von Interessengruppen geführt, von denen jede nur auf die möglichst vollkommene Erreichung ihrer Ziele bedacht sei. Obwohl nach Artikel 97 der Reichsverfassung alle dem allgemeinen Verkehr dienenden Wasserstraßen in das Eigentum und in die Verwaltung des Reiches übergehen müssen, ist es wegen der Durchführung dieser Verfassungsbestimmung zu schweren Kämpfen der Länderregierungen gegen das Reich gekommen. Die Länderregierungen befürchten, daß nach der Einrichtung reichseigener Behörden die kulturellen Interessen ihres Landes nicht immer die erforderliche Berücksichtigung finden werden. Im Kampf zwischen dem Reich und den Ländern benutze das Reich die bereits in ihren Diensten befindliche Arbeiterschaft, um zu beweisen, daß der Wasserstraßenarbeiter im Reichsdienst billiger sei als im Staatsdienst. Mit dieser Methode handle die Reichsregierung unklug. Nachdem die Reichsregierung den Lohn der Wasserstraßenarbeiter tatsächlich unter das Lohnniveau der vergleichbaren Staatsarbeiter herabgedrückt habe, fürchteten die noch im Staatsdienste stehenden Beamten und Angestellten eine gleiche Behandlung. Sie wehrten sich deshalb nach ihrer Methode Arm in Arm mit den anderen Gegnern der Verwirklichung gegen die Durchführung einer volkswirtschaftlich wichtigen Verfassungsbestimmung. Erst nach der restlosen Verwirklichung des Wasserstraßenwesens würde der dann in einer Hand befindliche Verwal-

Bau im 3. Quartal 1927

Ausgaben															Auf Kosten der Hauptklasse wurden gezahlt						Tagesrechnung
Berwal- tung	Agri- tation	Lohn- bene- gung	Arbeits- lofen- unter- stützung	Kran- k- unter- stützung	Const. Unter- stützung	Karier- u. Sekret- ariats- beiträge	Un- ter- stützung	Const. Aus- gaben	Gesam- te Aus- gaben	Un- ter- stützung	Un- ter- stützung	Summe der Aus- gaben	Rest Beitrag	Arbeits- lofen- unter- stützung	Kran- k- unter- stützung	Sterbe- unter- stützung	Gewer- regellen- unter- stützung	Streit- unter- stützung	Summe		
25448 30 1780 62	1376 12 47 60	503 55 42 33	24 50 21 35	135 90 80 30	167 40 54 —	1707 87 114 73	1374 87 6 50	342 27 399 07	— —	44607 57 4097 39	75688 35 7243 89	32442 50 5877 33	351 05 11 25	7685 70 449 60	926 75 258 —	— —	— —	— —	1 2		
15921 45 13892 50 10778 99 47949 20 50793 29 10820 95	688 90 674 70 866 98 24138 47 63260 40 1447 —	168 80 79 — 68 40 2586 30 671 40 25 60	86 — 43 20 69 50 — 576 50 64 50	68 90 83 40 244 30 — 2935 55 86 60	136 50 139 75 233 75 2306 — 3010 95 214 50	2142 25 1705 23 1337 22 4351 60 5863 15 1283 87	453 59 1236 57 288 28 1512 49 1890 51 347 85	1358 48 514 98 2460 23 805 55 3158 24 1339 46	— — 830 — — — —	43206 76 36139 37 32364 24 163748 33 143569 17 31105 78	64231 63 54508 70 49541 89 247397 94 230304 85 46796 11	73878 70 41538 29 21443 19 230304 85 232029 16 29252 98	356 10 553 50 945 55 996 90 1961 35 973 12	5066 — 4843 93 2652 90 18948 05 20069 50 3228 95	2122 65 1336 — 614 25 5355 — 4692 50 1073 —	— 30 — — 420 — — —	— — 104 25 104 60 10 35 71 65	3 4 5 6 7 8			
6507 45 18962 62	876 20 3171 56	102 — 56 95	150 10 90 15	234 60 30 —	210 40 101 50	556 60 1379 46	457 71 728 59	160 33 4222 51	— —	15593 48 34882 94	24648 87 63626 28	7809 31 17579 43	356 10 1319 64	1774 50 4310 20	663 60 1450 50	— 211 —	— —	— —	9 10		
14228 50 12586 80 15222 50	1657 07 724 20 1886 50	192 35 64 50 200 91	32 95 116 15 180 —	114 90 122 25 155 30	499 40 503 80 240 66	1730 04 1526 25 1628 61	248 11 345 73 821 89	6105 37 1964 58 442 64	— — —	27845 99 28423 30 84345 81	52654 68 46467 56 55074 82	25961 26 21855 75 18849 66	263 85 729 95 1254 75	2945 90 3102 90 3366 55	950 75 1370 75 1360 —	— — 51 —	— — —	11 12 13			
1920 60 0109 84 20596 04 38068 17 5901 60	123 50 145 80 1295 09 2290 19 172 85	4 60 10 — 389 65 1566 70 19 58	3 — 26 70 151 40 61 50 52 —	15 — 59 80 113 35 166 65 73 82	10 — 116 — 143 25 378 79 256 60	302 95 784 27 2594 04 3539 88 419 75	55 96 187 12 1086 70 3271 22 970 30	22 06 458 32 430 91 1237 31 1160 96	— — 300 — — 180 —	6501 98 13772 73 40994 43 84208 12 21936 57	8959 65 21650 58 74034 86 135196 53 31141 03	4101 24 8567 36 26240 86 82006 14 14581 45	102 15 314 75 826 80 1357 65 527 98	471 40 1441 50 5938 20 13185 55 2225 50	142 75 852 50 1591 — 3533 75 1245 95	— — 226 — 13 — 240 50	14 15 16 17 18				
25459 33 13421 20 13102 75 18084 93 9388 90 33923 89 11540 36	1423 70 918 83 1646 06 2155 80 936 79 4103 82 312 —	168 20 24 25 386 40 1139 — 179 10 829 58 155 80	15 60 122 60 40 35 1540 25 23 — 176 40 38 60	98 — 109 30 114 — 163 17 58 70 54 80 233 15	403 50 422 25 361 07 395 85 329 95 592 10 173 35	2066 53 1100 15 1789 78 2810 26 2014 96 2834 13 1233 16	1083 28 896 90 866 52 812 89 457 20 1355 93 443 25	824 70 222 11 601 97 1674 98 1026 87 562 34 658 58	— — — — — — —	54386 65 32945 02 39391 23 43938 76 28525 06 57649 09 31699 92	85929 49 50182 63 58360 13 74715 89 42940 53 102102 08 46488 17	51374 71 21613 03 35084 29 33260 79 17455 54 50566 27 36923 30	645 15 238 65 241 65 2429 60 398 35 1484 90 148 65	6009 85 4642 40 3971 65 5589 45 3015 45 7649 90 4320 40	2130 50 1044 25 1234 25 1020 75 732 25 1322 25 1436 75	35 50 — — — — 1020 50 —	— — — — — — —	19 20 21 22 23 24 25			
442470 78 426716 02	69209 35 59887 61	9634 95 13042 18	3656 30 3125 05	5551 74 5221 55	14899 32 14360 90	46766 74 39935 17	21199 96 26518 25	32204 82 23025 18	1310 — 1326 —	1105122 54 1034967 11	1742026 50 1648125 02	1140157 83 1018116 61	20369 34 19191 96	136905 93 135505 35	38480 70 41068 95	1768 — 1162 35	1248 64 2944 16	— —	26 27		

tungsapparat die Gewässer des gesamten Deutschen Reiches dahin bringen, daß sie wenig Schaden, dafür aber den denkbar höchsten Nutzen bringen.

Folgende Entschliebung fand einstimmige Annahme:

„Die am 18. Dezember 1927 im Hamburger Gewerkschaftshaus tagende Konferenz der im Verband der Gemeindefürsorge und Staatsarbeiter organisierten Arbeitnehmer an der Elbe und den Elbeniederwasserstraßen, am Elbe-Trade-Kanal, an der Weser und den Weserniederwasserstraßen, am Nordsee-Kanal, an der Ems, an der Ost- und Nordsee-Küste sowie an den Mecklenburgischen und Oldenburgischen Binnenwasserstraßen stellt mit Bedauern fest, daß den Arbeitnehmern der Reichswasserstraßenverwaltung bei der Ueberführung aus dem Dienste der Länder in den Dienst des Reiches schwere Schädigungen zugefügt wurden. Die Konferenz fordert deshalb alle Interessierte auf, die Macht der Arbeitnehmerschaft gegenüber dem Reichsverkehrsministerium in jeder Hinsicht zu stärken. Trotz der erlittenen Schäden hält die Konferenz die Durchführung der Verreichlichung des gesamten Wasserstraßennetzes für unbedingt erforderlich. Sie steht auf dem Boden einer Neugliederung des Reiches nach Wirtschaftsprovinzen und steht in der restlosen Verreichlichung des Wasserstraßennetzes einen Hebel zur Durchführung der immer notwendiger werdenden Neugliederung des Reiches. Gleichzeitig ersucht die Konferenz den Verbandsvorstand, sich für die Gesamtorganisation auf den gleichen Boden zu stellen und diese Stellungnahme den der Gewerkschaftsbewegung nahestehenden Fraktionen aller Landesparlamente zu übermitteln.“

Kollege Behrens vom Hauptbetriebsrat berichtete dann über die Tätigkeit der Betriebsräte im Wasserstraßenwesen. Kollege Stettner referierte über die Lohn- und Tarifpolitik für die Wasserstraßenarbeiter. Kollege Beger von der Bezirksleitung Nordwest behandelte Organisationsfragen. — Für die Reichswasserstraßenarbeiterbewegung war die Konferenz entwicklungsgeschichtlich gesehen ein Markstein. Noch einige Jahre harter Organisationsarbeit und der Nachteil, der sich aus der Organisationszersplitterung einerseits und der in den letzten Jahren bemerkbaren arbeiterfeindlichen Einstellung des Reichsverkehrsministeriums ergeben hat, ist wieder ausgeglichen.

Vor mehr als hundertfünfzig Jahren schrieb der große Franzose Voltaire: „Sehet diese Schlachtfelder, wo Einfaltspinsel andere Einfaltspinsel zu Boden gestreckt haben mittels einer physikalischen Entdeckung, die ehemals ein Mönch gemacht hatte. Betrachtet diese Arme, Beine, diese blutigen Hirne: das ist die Frucht einer Zänkelei zwischen zwei unwissenden Ministern, von denen weder der eine noch der andere in der Gegenwart von Newton oder Locke oder Hallen auch nur ein Wort zu reden gewußt hätten; oder es war die Folge eines lächerlichen Streites zwischen zwei unverschämten Frauenzimmern“ — man könnte noch hinzufügen: oder zwischen zwei großwahnsinnigen Gottesgnadenhebeln. Und das war zu einer Zeit, als die Kriege nur kleine Scharmügel gegen die heutigen Menschenverleumdungskreuzzüge waren. Ja, wir haben es herrlich weit gebracht unter christlicher Gottesgnadenherrschaft und christlicher Gottesgnadenführung. Popper - Chunks.

Kampf dem Alkoholismus!

Die Alkoholfut ist in den letzten Jahren wieder unaufhörlich gestiegen. Sie hat auch in der sozialistischen Arbeiterschaft viele körperlichen und seelischen Kräfte geschwächt oder vernichtet. Immer deutlicher offenbart es sich, daß der Alkoholismus die Gesundheit der Massen schädigt, ihre wirtschaftliche Not verschlimmert, ihren kulturellen und politischen Aufstieg hemmt. Darum muß die sozialistische Arbeiterschaft im Alkoholismus einen ihrer Feinde sehen und ihn wuchtig bekämpfen.

Wir wollen diesen Kampf planmäßig und kraftvoll fördern und haben uns zu diesem Zweck, unbekümmert um die Stellung des einzelnen zum Alkoholgenuß, zu einer Arbeitsgemeinschaft zusammengeschlossen. Das Arbeitsprogramm, das wir uns gegeben haben, lautet:

1. Forderungen an die Arbeiterbewegung.

Planmäßige und gründliche Aufklärung über die Alkoholgefahren durch alle Arbeiterorganisationen, insbesondere durch deren Presse. Behandlung der Alkoholfrage in Vorträgen und Lehrgängen.

Unbedingte Unterlassung jeglicher Empfehlung des Alkoholgenußes und jeglichen Anreizes zum Trinken durch Organisation und Presse.

Ausmerzung der in der Arbeiterschaft noch üblichen Trinkbräuche, wie Richtschmaus, Ein- und Ausstände, Freihalten usw.

Ausschaltung des Alkoholgenußes von allen Sitzungen, Versammlungen und Kundgebungen der sozialistischen Arbeiterschaft. Tatkraftige Förderung einer Geselligkeit, Festlichkeit und Erholung ohne Alkoholverzehr.

Schaffung alkoholfreier Herbergen, Gaststätten, Gewerkschafts- und Volkshäuser, Arbeiter-Sport- und Turnplätze.

Strenge Trennung aller Arbeitsnachweise und Unterstützungsauszahlungen von Wirtschaften.

Ausschluß des Alkohols bei der Berufsarbeit; Versorgung der Arbeiter mit guten und billigen alkoholfreien Getränken, keine Lohnzahlung in Form alkoholischer Getränke.

2. Forderungen an Staat und Gemeinde.

Obbligatorischer Mächternheitsunterricht in allen Schulen.

Dollständiges Alkoholverbot für Jugendliche.

Schaffung von Jugendheimen, Versammlungsräumen, Lesesälen, alkoholfreien Volkshäusern, Turn- und Spielplätzen in ausreichender Zahl.

Verbot des Alkoholausdranks von Mitternacht bis 8 Uhr morgens und an den Tagen für öffentliche Wahlen.

Reichsgesetzliche Festlegung des Gemeindebestimmungsrechts; Beseitigung des Privatinteresses an der Herstellung und dem Vertrieb alkoholischer Getränke; Besteuerung der alkoholischen Getränke nach ihrem Alkoholgehalt; Verwendung der Ueberschüsse aus dem Alkoholabsatz zu gemeinnützigen Zwecken, insbesondere zur Bekämpfung und Heilung der Alkoholschäden.

Einrichtung von Fürsorgestellen, Heilstätten und Bewahrungsheimen für Alkoholkranke.

Helft uns, diese Forderungen verwirklichen! Unterstützt unsere Arbeit durch Beitritt, durch Geldzuwendungen, durch Werbung und auf jede sonst geeignete Weise!

In erster Linie erwarten wir von den Männern und Frauen, die das Vertrauen ihrer Klassengenossen in den Verbänden, in Ämtern und öffentlichen Körperschaften an weithin sichtbare Stelle berufen hat: energische Betätigung in den staatlichen und gemeindlichen Vertretungen, in den Organisationen und in der Presse zur Herbeiführung zweckmäßiger Maßnahmen gegen den Alkoholismus. Auch das ist Dienst am Sozialismus!

Die Arbeitsgemeinschaft sozialistischer Alkoholgegner.

Der Vorstand:

Severing, M. d. R., Tempel, M. d. R., Aufhäuser, M. d. R., Dr. Drucker, Prof. Grotjahn, Regierungspräsident Grüner, Husemann, M. d. R., Marie Juchacz, M. d. R., Kresschmar, Vorsitzender des Arbeiteramaritenbundes, Dr. Löwenstein, M. d. R., Toni Pfaff, M. d. R.

Folgende Organisationen und Sozialisten haben sich u. a. bereits angeschlossen: Arbeiteramaritenbund, Arbeitsgemeinschaft sozialdemokratischer Ärzte, Arbeitsgemeinschaft sozialdemokratischer Lehrer und Lehrerinnen, Bund religiöser Sozialisten, Deutscher Arbeiter-Ebftinentenbund, Hauptauschuß für Arbeiterwohlfahrt, Reichsarbeitsgemeinschaft der Kinderfreunde, Verband der Bergarbeiter Deutschlands, Verein sozialistischer Ärzte, Lore Agnes, Frau Armina, Dr. Ad. Braun, Dr. Alfred Braunital, Klara Böhm-Schuch, Emil Dittmer, Georg Engelbert Graf, Kurt Heinig, Dr. Paul Herz, Gustav Hoch, Otto Jense, Dr. Juliusberger, S. Kagenstein, Prof. Knack, Kuhn, Paul Köbe, Dr. Moses, Anna Nemitz, Erich Ollenhaner, Dr. Quarch, Prof. Dr. Radbruch, Reize, Dr. Kurt Rosenfeld, Karl Schreck, Luise Schroeder, Berta Schulz, Toni Sender, Max Sendewitz, Wilhelm Sollmann, Friedrich Stampfer, Alexander Stein, Hildegard Weascheider, Max Westphal, Rudolf Wißell, Mathilde Wurm, Dr. Zadek.

Auskunft erteilt das Bureau der Arbeitsgemeinschaft, Berlin SO 16, Engelauer 29.

Reichs- und Staatsarbeiter

Das Reichswehrministerium als Arbeitgeber. Das Reichswehrministerium gehört zweifellos zu den kostspieligsten Einrichtungen unserer deutschen Republik. Die Forderungen, die an den Staatshaushalt gestellt werden, vermehren sich von Jahr zu Jahr. Aus diesen Gründen sollte man auch erwarten können, daß die im Bereiche dieses Ministeriums tätigen Arbeiter neben einer anständigen Bezahlung zum mindesten auch eine halbwegs dauernde Beschäftigung für sich in Anspruch nehmen könnten. Leider ist beides nicht der Fall. Ueber die Löhne, für die ja das Reichswehrministerium nicht allein, sondern vorwiegend das Reichsfinanzministerium verantwortlich ist, soll hier nicht weiter gesprochen werden. Dagegen fordert die Art, wie in den einzelnen Dienststellen des Reichswehrministeriums die Arbeiter fortgesetzt und ohne Rücksichtnahme auf etwaige andere Beschäftigungsmöglichkeiten auf die Straße gesetzt werden, zur schärfsten Kritik heraus. Alle Bemühungen der Organisationen, hier Besserung zu schaffen, sind erfolglos geblieben. Selbst das Vorstelligerwerden beim Reichswehrminister persönlich hat leider zu keiner Besserung geführt. Täglich gehen jetzt wieder von den einzelnen Dienststellen Mitteilungen ein, besonders von den Truppenübungsplätzen, daß Arbeitern gekündigt oder zum mindesten eine baldige Entlassung in Aussicht gestellt wird, und zwar immer mit dem Hinweis, daß die Mittel für eine Weiterbeschäftigung nicht zur Verfügung ständen. Mit den größten Schikanen echt preußischen Unteroffiziergeistes aus vormärzlicher Zeit wird dabei vielfach verfahren. So ist es in der letzten Zeit in einer Dienststelle vorgekommen, daß Arbeitern gekündigt wurde, diese dann später wieder eingestellt, aber nicht mehr in ihre alte Lohngruppe eingereiht, sondern eine Stufe tiefer eingereiht wurden, obwohl die Lohnunterschiede nur 1 Pf. pro Stunde betragen. — Erkundigt man sich bei der Verwaltung nach den Ursachen dieser Maßnahme, dann wird in der Regel erklärt, daß der Sparkommissar dies verlangt habe. — Eine wunderbare Einrichtung dieser Spar-

kommissar, dessen Hauptaufgabe aufscheinend darin besteht, den Arbeitern von ihrem künftigen Lohn noch ein paar Pfennige abzuzucken, und wie es in einem anderen Falle geschehen ist, sogar nachzuprüfen, ob nicht die Ausgaben für das Hundefutter, das an die einzelnen Wächter gezahlt wurde, zu hoch sind. — Es fällt schwer, angesichts solcher Dinge keine Satire zu schreiben. — Wir wollen es für heute bei diesen wenigen Bemerkungen belassen und uns darauf beschränken, dem Herrn Reichswehrminister an dieser Stelle doch noch einmal die Frage vorzulegen, ob denn seine Machtbefugnisse nicht soweit reichen, um hier endlich ein ernstes Wort zu sprechen. Sollte er sich dazu nicht aufzwingen können, dann bleibt schließlich nur noch der Appell an den Reichstag übrig. Die bevorstehende Etatberatung wird hoffentlich dann dazu Gelegenheit geben, die Zustände im Reichswehrministerium einer gründlichen Kritik zu unterziehen.

Winterliche Arbeitsunterbrechung und Erwerbslosenunterstützung der Wasserbauarbeiter. Der Reichsverkehrsminister hat folgende Verfügung erlassen:

Den Bestimmungen des Gesetzes über Arbeitsvermittlung und Arbeitslosenversicherung vom 16. Juli 1927 (Reichsgesetzbl. I S. 187) — insbesondere dem § 170 — ist zu entnehmen, daß an „Versäumnislaube“ oder „Ausseher“ Erwerbslosenunterstützung nicht gezahlt werden kann. Das Arbeitsverhältnis muß völlig, auch rechtlich, gelöst sein; der Arbeitnehmer muß seine Arbeitspapiere ausgehändigt erhalten haben. Um die bei der Reichswasserstraßenverwaltung durch die winterliche Arbeitsunterbrechung zum Auslegen genötigten Arbeiter in den Genuß der Erwerbslosenunterstützung zu setzen, muß ihnen daher ein „Ausweis“ gemäß § 170 Abs. 2 des Gesetzes erteilt werden. — Dies hindert jedoch nicht, daß diesen Arbeitern gegenüber in Aussicht genommen wird, sie bei Wiederaufnahme des Baubetriebes wieder einzustellen und daß denen, die nach bloßem Auslegen wieder eingestellt werden, bei Berechnung der Beschäftigungszeit entsprechend den Bestimmungen des LFM. (§ 2 Abs. 1, b zu Ziff. 1 Abs. 2 und 3, § 18 Abs. 1, b zu Ziff. 7 und 8 und § 19 Abs. 1, b zu Ziff. 3 Abs. 2 und 3) verfahren wird. Auch bin ich damit einverstanden, daß Arbeitern, die wegen Arbeitsunterbrechung oder Arbeitsmangel auslegen müssen, oder die im Einverständnis mit der Verwaltung zu Neubauten der Reichswasserstraßenverwaltung übertritten und während der Zeit dieser Beschäftigung nicht nach LFM. entlohnt werden, oder die wegen Krankheit oder Unfall auscheiden, im Falle der Wiedereinstellung die persönliche Ausgleichszulage (Kinderzulage, Ausführgeldbestimmung zu § 2 Ziff. 3 und 5) von dem Tage der Wiedereinstellung ab erneut gezahlt wird. Voraussetzung dafür ist, daß sie nach der Wiedereinstellung zu den Arbeitern gehören, für die der LFM. gilt, und daß sie innerhalb von höchstens 6 Monaten wieder eingestellt werden. Eine Verpflichtung zur Wiedereinstellung der Arbeiter wird damit aber nicht übernommen.

Bei der winterlichen Arbeitsunterbrechung müssen die Beamtenvorstände sich daher klar sein, wie viele von der gesamten Arbeiterzahl als „Ausseher“ zu betrachten sind; den anderen Arbeitern, deren Wiedereinstellung nicht beabsichtigt oder ganz ungerichtlich ist, ist in unabweisbarer Weise zu kündigen. Auf diese finden die vorgenannten Bestimmungen des LFM. und die Wiedergewährung der persönlichen Ausgleichszulage (Kinderzulage) bei etwaiger Neueinstellung keine Anwendung; sie erhalten jedoch während der Kündigungsfrist noch den Lohn. — Bei den „Aussehern“ hört die Lohnzahlung entsprechend § 5 Ziff. 5 des LFM. ebenfalls auf. — In der Beschäftigung über die Lösung des Arbeitsverhältnisses ist daher in jedem Falle klar zum Ausdruck zu bringen, ob es sich um eine Kündigung handelt, oder nur um eine zeitweilige Lösung für die Arbeitsunterbrechung.

Ich weise noch darauf hin, daß auch derjenige Arbeiter der Reichswasserstraßenverwaltung, der nur auslegt, eine durch Vermittlung des öffentlichen Arbeitsnachweises angebotene Arbeit auch dann annehmen muß, wenn sich ihre Dauer voraussichtlich über den Zeitpunkt hinaus erstreckt, der in der Vereinbarung mit dem Bauamt als Zeitpunkt einer etwaigen Wiederaufnahme der Beschäftigung bei der Reichswasserstraßenverwaltung vorgesehen ist.

Genau diese Verfügung ist bereits an allen Orten von den Gewerkschaften Einspruch erhoben worden. Einige Landesarbeitsämter, z. B. Frankfurt a. M., Köln, Hamburg haben die vorgesehene neue Wartezeit für Saisonarbeiter bereits gekürzt. Es darf wohl erwartet werden, daß dieses Beispiel auch an anderen Orten nachgeahmt wird.

Unfallversicherung für Reichs- und Staatsarbeiter. Auf Grund einer Eingabe, die unser Verband an den ADGB und dieser wieder an das Reichsarbeitsministerium betr. Aufstellung neuer Unfallverhütungsvorschriften für Reichsbetriebe richtete, hat das Reichsarbeitsministerium mitgeteilt, daß die Vorarbeiten noch nicht ganz abgeschlossen sind. Es heißt aber dann in dem Briefe wörtlich:

„Inzwischen sind die Ausführungsbehörden angewiesen, bei den von ihnen zu ergreifenden Unfallverhütungsmassnahmen die bestehenden Unfallverhütungsvorschriften der jeweils für den in Frage kommenden Betrieb maßgebenden Berufsgenossenschaft zugrunde zu legen.“

Wir bitten unsere Kollegen, das in Zukunft beachten zu wollen.

Verkehrsbetriebe

Bresden. (Sektion Kraftfahrer.) Für die Weiterbildung unserer Kraftfahrer liefen im vergangenen Jahr zwei hochinteressante Kurse. Im Frühjahr 1927 sprach Ingenieur Schulze in sechs Doppelstunden über „Der Kraftwagen und seine Bestandteile“. Die Vorträge wurden durch Lichtbilder erläutert und dadurch für die Teilnehmer leicht verständlich. Die zweite Vortragsreihe begann im Oktober. Hier behandelte Dr. jur. Lempe an sechs Abenden das Thema „Einführung in das Recht des Kraftwagenführers und seine vermögensrechtliche Haftung für Schäden“. Da ein einheitliches Verkehrsrecht nicht besteht, vielmehr die Normen für das richtige Verhalten der am Verkehr Beteiligten in Reichs-, Landes-, Ortsgesetzen und Ortspolizeiverordnungen festgelegt sind, war der zu behandelnde Stoff äußerst schwierig und umfangreich. Von großem Interesse war der Abschnitt über das Verhalten des Kraftwagenführers nach einem Unfall und die zivilrechtlichen Haftungsgrundsätze. Die strafrechtliche festgestellte Schuld ist von großer Bedeutung für die zivilrechtliche Schadenersatzpflicht. Der Schadenersatzanspruch aus einem Kraftwagenunfall richtet sich gegen den Besitzer des Kraftwagens und gegen den Kraftwagenführer. Der Anspruch auf Schmerzensgeld kann nur gegen den Kraftwagenführer geltend gemacht werden. Bei den auf Grund des Automobilgesetzes geltend gemachten Schadenersatzansprüchen ist die Beweislast dafür dem Kraftwagenführer zugeschoben, daß er den Unfall nicht verschuldet hat. Der Umfang der Schadenersatzpflicht ist bedeutend, denn es kommen in Frage:

Kosten der verursachten Heilung; Kosten vermehrter Bedürfnisse; Beerdigungskosten; Erwerbsausfall; Unterhaltungsrente, Schmerzensgeld.

Die aus einem Unfall entstehende lebenslängliche Rente kann auch gegen die Erben des Kraftwagenführers geltend gemacht werden. Diese ungeheuren Folgen erfordern ein klares und zielbewusstes Verhalten nach einem Unfall an Ort und Stelle. Es ist falsch, den Polizeiorganen in nervöser Weise seine Unschuld zu beteuern, sondern vor allem zu versuchen, die Abmessungen der in Frage kommenden Örtlichkeit möglichst in einer Skizze festzuhalten, desgleichen den Standort der einzelnen Zeugen und ihre Entfernung vom Standort. Wichtig wäre noch die Feststellung der Tageszeit, die Beschaffenheit der Wege und der Witterungsverhältnisse. — Ein weiteres wichtiges Kapitel ist das Verhalten der Kraftfahrer vor Gericht. Oftmals glaubt der Kraftwagenführer, schon seinem Verteidiger unter Umständen sogar durch falsche Darstellungen und Behauptungen seine Unschuld beweisen zu müssen. Hat der Kraftfahrer in obenangeführter Weise alles festgelegt, so genügen dann nur noch etliche exakt beantwortete Fragen des Rechtsanwalts, um den Prozeß zugunsten des Beklagten zu Ende zu führen. Will ein Kollege gegen einen polizeilichen Strafbefehl gerichtliche Entscheidung beantragen, so darf er nicht erst einige Tage überlegen, ob er es tun will oder nicht. Die Frist beträgt acht Tage. Der Rechtschutzantrag muß vom Verbandsvorstand genehmigt werden. Obwohl in dieser Hinsicht rasch gearbeitet wird, vergehen doch einige Tage, um alle hierzu erforderlichen schriftlichen Arbeiten zu erledigen. Wenn inzwischen der Termin verpaßt wird, dann liegt die Schuld nicht an den Verbandsangestellten, sondern an dem Kollegen selbst, da er nicht schlüssig war, ob er Einspruch erheben wollte oder nicht. Die Veranstaltung demonstrierte, wie schnell und plötzlich ein Kollege in eine sehr unangenehme Situation kommen kann, und gerade hier zeigt sich der großzügige Rechtschutz unserer Organisation, der durch die Rechtschutz- und Haftpflichtkasse noch bedeutend erweitert wurde. Durch Beihilfe eines tüchtigen Rechtsanwaltes werden oft sich später noch entwickelnde Begleiterscheinungen im ersten Prozeß aus der Welt geschafft. Hätte sich dagegen der Kollege ohne juristische Hilfe verteidigen müssen, wäre für ihn die Sache oftmals recht ungünstig verlaufen. Das zuletzt Gesagte trifft nicht den Kraftfahrer allein, sondern die gewaltige Entwicklung unserer modernen Technik setzt auch andere Kollegen an verantwortliche Stellen, die sie dem Haftpflichtgesetz überantworten und sie sogar mit dem Staatsanwalt in nähere Bekanntschaft bringen können. Tagtäglich mehren sich die Fälle, wo ein Arbeiter unerwartet vor das Gericht geladen wird, um sich wegen eines von ihm verursachten Unfalles zu verantworten. Wer einmal die Gewerkschaft von dieser Seite in Anspruch nehmen mußte, erkennt die Organisation als mächtigste Stütze in dem schweren Existenzkampf. Gesetzeskenntnis schützt nicht vor Strafe, deshalb tut Aufklärung bitter Not. Das sollten sich auch alle die Kraftfahrerkollegen einprägen, die diese beiden Kurse nicht besucht haben. R.

Aus unserer Bewegung

Berlin. Wie uns Kollege Simsch mitteilt, sind die von ihm genannten Ziffern in Nr. 50 der „Gew.“ (Spalte 1072) dahin richtigzustellen, daß die Zahl von 12 500 Arbeitern auf 5000 reduziert worden ist, die Zahl der Angestellten von 3800 auf 1800.

Kulturvorarbeiter für Mittelfranken. Die Versammlung der Kulturvorarbeiter am 11. Dezember in Nürnberg erfreute sich eines guten Besuches. Gauleiter Schmidt referierte über: Die derzeitige Wirtschaftslage. — Dann wurde über die Pensionskasse diskutiert. Eingehend auf die Ausführungen des Kreisrates Braun, Nürnberg, im Kreistag, alle über 10 Jahre tätigen Vorarbeiter und Angestellten in den Versorgungsverband aufzunehmen, verlangte Kollege Schmidt dies für alle Kulturvorarbeiter auch unter 10 Jahren, soweit sie im Kulturbau tätig sind. In der darauffolgenden regen Diskussion wurde einstimmig verlangt, daß ein dementsprechender Antrag an die Kreisregierung eingereicht wird. Unter „Verschiedenes“ wurden mehrere Wünsche und Anregungen über den Tarifvertrag vorgebracht.

Rundschau

Glänzende Leistung unserer Seemannischen Verbandskollegen in Cuxhaven. Von der Deutschen Gesellschaft zur Rettung Schiffbrüchiger wird in der Tagespresse ein Bericht verbreitet über einen schweren Schiffsunfall in der Elbmündung bei Scharhörn, dem um ein Haar 16 blühende Menschen zum Opfer gefallen wären, wenn nicht beherzte Cuxhavener Seeleute selbstlos freiwillig ihr Leben gewagt hätten, um ihren in Seenot und Winterkälte dem Seemannsod ausgestellten Kameraden zu helfen. Ueber den Schiffsunfall selbst und die Heldentat der Besatzung des Rettungsbootes „C. Ferdinand Laeisz“ und des Tonnenlegers „Neuwerk II“ besagt der Bericht folgendes:

„Am ersten Weihnachtstag ging bei der Leitung des hiesigen Ortsausflusses die Meldung ein, daß auf Scharhörn ein unbekannter Dampfer gestrandet sei, der schwer in der Brandung arbeite und Notsignale zeige. Sofort ausgelaufene Vergungsdampfer versuchten, an die Unfallstelle zu gelangen, doch erwiesen sich diese Bemühungen bei dem herrschenden N.D.-Sturm und der wilden Brandung als fruchtlos. Das gestrandete Schiff wurde durch Wind und Strom immer weiter auf das Riff hinaufgeschoben. Da an eine Rettung des Schiffes nicht mehr zu denken war, wurde funktographisch das der Deutschen Gesellschaft zur Rettung Schiffbrüchiger gehörende Motorrettungsboot „C. Ferdinand Laeisz“ der Station Cuxhaven angefordert, das am 27. Dezember, morgens 5 Uhr, im Schleppe des Staatsdampfers „Neuwerk II“ zur Unfallstelle fuhr, um bei Tagesanbruch an die Abbergung der Mannschaft des gestrandeten und inzwischen ledig gewordenen schwedischen Dampfers „Hastten“ zu gehen. Trotz schwersten Seeganges bei N.D.-Wind, Stärke 7-8, wurde mit dem Rettungsboot versucht, die Rettung der schiffbrüchigen Mannschaft zu bewerkstelligen. Doch das Rettungsboot wurde in den schweren Grundseen derart hin- und hergeworfen, daß die Annäherung mit dem völlig vereisten Boot an das Wrack schier unmöglich erschien. Nach zwei vergeblichen Versuchen wurde seitens der schiffbrüchigen Mannschaft versucht, durch Ueberbordgehen von Del die wilde See zu glätten. Die dadurch erreichte vorübergehende Glättung geschickt ausnützend, gelang es dem Führer des Rettungsbootes, dem Schiffszimmermann Ferdinand Reinke, trotz des äußerst gefährlichen Umstandes, daß unmittelbar vor dem Anlegen an das Wrack infolge übergekommenen Seewassers der Motor versagte, durch Rudern so nahe an das Wrack heranzukommen, daß er in wenigen Augenblicken die aus 16 Personen bestehende schiffbrüchige Mannschaft des Dampfers „Hastten“ retten konnte. Als er mit dem vollbeladenen Boot das freie Wasser gewonnen hatte, nahm der Dampfer „Neuwerk II“, der in Aufnahmestellung gegangen war, die gerettete und auch die Rettungsmannschaft an Bord, wo ihnen die erste Hilfe und Stärkung gereicht wurde. Um 4 Uhr nachmittags wurden die Leute in Cuxhaven gelandet.“

Den an der Rettung beteiligten Personen, insbesondere der Besatzung des Motorrettungsbootes „C. Ferdinand Laeisz“, Ferdinand Reinke, L. Bormann, Fritz Ball, H. Bormann, Johannes Reinde, Christian Büsching, Albert Weiß, Max Kagoßki sowie der Besatzung des gleichfalls an mancher Rettungsstat beteiligten Tonnenlegedampfers „Neuwerk II“, Steuermann Bornhold, L. Maschinist Ernst Lührs, H. Maschinist Theodor Klinger, Heizer Georg Ehler, Heizer Amandus Wiesdorf, Funke Born, Matrose Amandus Gerken, Matrose Hermann Pieper, Matrose Heinrich Habeler, die sämtlich ihr Leben einsetzten, um in Seenot befindliche Kameraden zu retten, gebührt nicht nur der Dank der geretteten Mannschaft des Dampfers „Hastten“, sondern jeder, der für die Seefahrt Interesse zeigt, wird diese Glanzleistung anerkennen. Nach Angabe der gesamten Besatzung des Rettungsbootes war es trotz ihres gestörten Weihnachtstages ihre schönste Weihnachtsfreude, daß sie dem auf Scharhörn lauernden Seemannsod 16 blühende Menschenleben entreißen konnten. Auch diese wohlgelungene Rettungsstat, die unter denkbar schwierigsten Umständen vollbracht wurde, zeigt wiederum, daß die Cuxhavener Rettungsstation über eine Rettungsmannschaft verfügt, die mit ihrem

nezeitlichen Rettungsboot zu jeder Zeit den Kampf mit den Wellen aufnimmt, getreu dem Grundsatz der Deutschen Gesellschaft zur Rettung Schiffbrüchiger: „Gedenket Eurer Brüder zur See!“

Wir beglückwünschen unsere Lughavener Kollegen zu ihrer gelungenen Rettungstat auf das herzlichste.

Lohnsteuererstattungen für 1927. Bei Anträgen auf Lohnsteuererstattungen ist folgendes zu beachten:

Allen Anträgen muß die Steuerkarte für 1927 beigelegt werden. Anträge, die nach dem 31. März 1928 eingereicht werden, werden abgelehnt.

I. Wo kann einen Erstattungsantrag für 1927 stellen? Jeder Arbeitnehmer, der für das Kalenderjahr 1927 nicht zur Einkommensteuer veranlagt wird, sofern er im Kalenderjahr 1927 mindestens 4 Mt. Lohnsteuer entrichtet hat und einer der unter II bezeichneten Erstattungsgründe vorliegt. Nicht veranlagt werden die Arbeitnehmer, die nur Arbeitslohn im Betrage von nicht mehr als 9200 Mt. bezogen haben und die Arbeitnehmer, deren Gesamteinkommen (Reineinkommen) 8000 Mt. nicht übersteigt hat, wenn in diesem Gesamteinkommen außer Arbeitslohn noch sonstiges Einkommen von nicht mehr als 500 Mt. enthalten ist.

II. Aus welchen Gründen kann ein Erstattungsantrag gestellt werden? 1. Wenn infolge Verdienstausschlusses, z. B. teilweiser Arbeitslosigkeit, Krankheit, Aussperrung, Streik, Kurzarbeit, der steuerfreie Lohnbetrag von regelmäßig 1200 Mt. und die nach dem Familienstande frei bleibenden Beträge (also z. B. bei einem Ledigen 24 Mt., bei einem Verheirateten ohne Kinder 26,40 Mt., bei einem Verheirateten mit 1 Kind 28,80 Mt. wöchentlich usw.) im Laufe des Jahres 1927 nicht voll berücksichtigt worden sind. — 2. Wenn im Jahre 1927 die Leistungsfähigkeit durch besondere wirtschaftliche Verhältnisse wesentlich beeinträchtigt worden ist, z. B. im Falle außerordentlicher Belastung durch Unterhalt und Erziehung der Kinder, mittellose Angehörige, Krankheit, Körperverletzung, Verschuldung, Unglücksfälle, und dies nicht schon durch Erhöhung des steuerfreien Lohnbetrages beim Steuerabzug berücksichtigt worden ist. — 3. Wenn ohne Vorliegen der unter 1 und 2 bezeichneten Voraussetzungen im Jahre 1927 vom Arbeitslohn Steuerabzugsbeträge einbehalten worden sind, obwohl der Arbeitslohn weniger als die im Einkommensteuergesetz vorgesehenen Freibeträge ausgemacht hat. Diese Freibeträge, auf das Jahr umgerechnet, ergeben sich aus nachstehender Tabelle A.

Tabelle A			Tabelle B		
Anzahl der Kinder	Jahresfreibeträge bei Arbeitnehmern mit Ehefrau Mtl.	ohne Ehefrau Mtl.	Anzahl der Kinder	Für jede volle Woche des Verdienstausschlusses sind zu erlassen bei Arbeitnehmern mit Ehefrau Mtl.	ohne Ehefrau Mtl.
Keine Kinder	1320	1200	Keine Kinder	2,65	2,40
1 Kind	1440	1320	1 Kind	2,90	2,90
2 Kinder	1680	1560	2 Kinder	3,35	3,35
3	2160	2040	3	4,30	4,30
4	2880	2760	4	5,75	5,75
5	3840	3720	5	7,70	7,70
6	4800	4680	6	9,60	9,60
7	5760	5640	7	11,50	11,50
8	6720	6600	8	13,45	13,45

III. Wann muß der Erstattungsantrag gestellt werden? In der Zeit vom 1. Januar 1928 bis zum 31. März 1928. Erstattungsanträge, die nach dem 31. März 1928 gestellt werden, können nicht berücksichtigt werden.

IV. Wo muß der Erstattungsantrag gestellt werden? Bei dem Finanzamt, in dessen Bezirk der Arbeitnehmer am 31. Dezember 1927 seinen Wohnsitz gehabt hat.

V. Wie muß der Erstattungsantrag gestellt werden? 1. Bei Verdienstausschlag (oben II 1) durch genaue Ausfüllung eines Antragsvordrucks, der von den Finanzämtern nebst einem Merkblatt kostenlos abgegeben wird. — 2. Beim Vorliegen besonderer wirtschaftlicher Verhältnisse (oben II 2) muß der Antrag enthalten: eine eingehende Darlegung der besonderen Verhältnisse, auf die der Antrag gestützt wird, unter Angabe der Höhe der besonderen Aufwendungen und Beifügung von Belegen (z. B. Rechnungen).

VI. Welche Unterlagen müssen dem Erstattungsantrag beigelegt sein?

1. Die Steuerkarte 1927 und, sofern für den Steuerabzug Steuermarken verwendet worden sind, die Eingabebogen, die im Kalenderjahr 1927 zum Einlegen und Entwerfen von Steuermarken verwendet worden sind oder eine Bescheinigung des Finanzamts über die bereits erfolgte Ablieferung. — 2. Eine Bescheinigung des Arbeitgebers, aus der die Höhe des Arbeitslohnes, die einbehaltene Lohnsteuer und Angaben über die Zeit der Krankheit, Arbeitslosigkeit usw. hervorgehen. — 3. Im Falle des Verdienstausschlusses infolge Krankheit eine Bescheinigung der Krankenkasse, infolge Erwerbslosigkeit, Aussperrung oder Streik die Erwerbslosenkontrollkarte, eine Bescheinigung der Erwerbslosenfürsorge oder eines Berufsverbandes. — 4. Im Falle des Vorliegens besonderer wirtschaftlicher Verhältnisse Rechnungen und sonstige geeignete Belege.

VII. Welche Beträge werden erstattet? 1. Niemals mehr, als im Kalenderjahr 1927 an Lohnsteuer einbehalten worden ist. — 2. Wenn infolge Verdienstausschlusses durch Krankheit, Aussperrung und Streik, Arbeitslosigkeit die Freibeträge nicht voll gutgebracht worden sind, für jede volle Woche des Verdienstausschlusses die sich aus vorstehender Tabelle B ergebenden, nach dem Familienstande abgestuften Beträge. — 3. Bei Kurzarbeit und Arbeitnehmern, bei denen 1 bzw. 2 vom Hundert vom vollen Arbeitslohn deswegen einbehalten worden sind, weil ein Zeitraum, für

den der Arbeitslohn gezahlt worden ist, nicht festgestellt werden konnte, der Unterschied zwischen der einbehaltenen Steuer und der Steuer, die sich berechnet, wenn die Freibeträge und Familienermäßigungen vom Arbeitslohn abgezogen werden. — 4. Im Falle des Vorliegens besonderer wirtschaftlicher Verhältnisse ein Betrag, der vom Finanzamt nach pflichtgemäßem Ermessen festgestellt wird. — 5. Wenn trotz Nichterreichung der Freigrenze (s. Ziffer II Nr. 3) Steuerabzugsbeträge einbehalten worden sind, der ganze einbehaltene Steuerbetrag. — 6. Jahresbeträge unter 4 Mt. werden nicht erstattet.

VIII. Welches Rechtsmittel kann der Arbeitnehmer gegen die Entscheidung des Finanzamts über seinen Erstattungsantrag einlegen? In den oben unter II 1 und 2 bezeichneten Fällen den Einspruch, der binnen einem Monat nach Bekanntgabe der Entscheidung beim Finanzamt eingebracht ist.

Eröffnung der Breslauer Großmarkthalle! Der Breslauer Großhandel mit Gemüse hat sich bisher unter freiem Himmel, nämlich auf dem Ring und Blücherplatz, vollzogen, welches mit großen Verkehrsschwierigkeiten verbunden war. Die Stadtverwaltung sah sich daher schon seit längerer Zeit veranlaßt, Pläne zu entwerfen, um den starken Verkehr in einen weniger belebten Stadtteil zu bringen. Hierzu war eine günstige Gelegenheit vorhanden durch die seit einigen Jahren stillgelegte Eisenbahnbetriebswerkstatt Siebenhufener Straße. — Am 1. Dezember ist diese mit einer kleinen Feier eröffnet worden, an der sich Magistrat, andere Behörden, Interessenten und Stadtratsmitglieder beteiligten. Der neue Stadthausrat Dr. Althoff hielt eine kurze Ansprache und übergab den Bau in die Hände des Dezernenten, Stadtrat Genossen Cohn, welcher darauf in seiner Rede auf die große Bedeutung dieser Einrichtung hinwies. Der Oberbürgermeister rief dann noch die Verdienste des Stadtrats Cohn, welcher als rühriger Kaufmann es verstanden hat, zu dem Gelingen des Werkes beizutragen, und wies die Angriffe der Gegner gegen ihn gebührend zurück. Mit der Eröffnung der Großmarkthalle ist Breslau nun als siebente Stadt des Deutschen Reiches einen Weg gegangen, der längst hätte beschritten werden müssen, denn durch die Abhängigkeit vom Wetter war die Gefahr des Verderbens der Ware außerordentlich groß und hatte auch seine Einwirkung auf die Preise. So war zu verzeichnen, daß vielfach die Berliner Preise unter denen Breslaus lagen. Auch dadurch, daß die Halle direkt an der Bahn liegt, ist eine günstige Zufuhr gewährleistet, so daß man mit Recht darauf rechnen kann, daß nunmehr Derbissungen eintreten werden. Ueber die Größe der Anlage ist zu bemerken, daß das Gesamtgelände 25 170 Quadratmeter groß ist, von welchem erst 11 130 Quadratmeter auf die beiden Hallen und Bureaubauten entfallen, während bisher nur 16 400 Quadratmeter zur Verfügung standen, von denen noch ein Teil als Umfahrsstraßen in Abzug gebracht werden müssen. Die Stadt hat also die Möglichkeit, auf dem übrigen Gelände beträchtliche Erweiterungen vorzunehmen. Der Großhandel ist zweckmäßig vom Erzeugerhandel getrennt und in der Halle I untergebracht, während letzterer seine Geschäfte in der Halle II abwickelt. An der Großhandelshalle ist an der Nordseite die Stückgutabfertigungsstelle angeordnet, welche mit acht Ladetoren versehen ist und eine drei Meter breite Rampe hat. Auch die Halle II ist mit breiten Straßen für den Wagenverkehr eingerichtet. Von den technischen Einrichtungen wäre noch zu erwähnen, daß Luft- und Wasserversorgung vorhanden sind. Die jeweilige Außen- und Innentemperatur wird durch Fernthermometer, welcher diese auf einem Papierstreifen registriert, angezeigt. Die Luftheizungsanlage kann mittels Fernsteuerung ein- oder abgestellt werden. Die Räume sind außerdem mit acht Uhren versehen, davon wird die Hauptuhr auf fernautomatischem Wege reguliert, von den übrigen sieben sind sechs doppelseitig und eine vierseitig mit Zifferblatt versehen. Die erhalten ihren Antrieb von der Hauptuhr.

Die Konferenz sozialdemokratischer Gemeindevertreter am 4. Dezember in Weimar war besetzt von 94 Personen (Gemeindevertreter, Bürgermeister, Landtagsabgeordnete der Sozialdemokratischen Partei Thüringens usw.). Die Tagung war den Gemeindearbeitern und der Ferngasversorgung gewidmet. Kollege Paul Schulz von unserem Verbandsvorstand referierte über „Gemeindearbeiter und Stadtratsverhältnisse“. Er schilderte die Entwicklung des sozialen Arbeitsrechts für die Gemeindearbeiter. Ausgehend von den Verhältnissen der Vorkriegszeit über die örtlichen Tarifverträge zum Reichstarifvertrag, wies er überzeugend die Notwendigkeit umfassender Reichsarbeitsgesetze nach. Für die sozialdemokratischen Gemeindevertreter entfiel hier die besondere Aufgabe, ihren Einfluss in allen Stellen geltend zu machen, die an der Schaffung von Tarifverträgen interessiert seien. Kollege Orloff schilderte mit Hilfe graphischer Darstellungen den Stand der Ferngasversorgung und ihre Aussichten. Die Rentabilitätsberechnungen sowie die statistischen Unterlagen fanden uneingeschränktes Interesse der Teilnehmer. Die sozialdemokratischen Bürgermeister und Gemeindevertreter werden an Hand der Unterlagen nunmehr durchgehend in ihren Gemeinden arbeiten können. Der frühere thüringische Innenminister Hermann ergänzte die Ausführungen durch eine Darstellung der Ferngasversorgung in Thüringen. Eine besondere Kommission wird sich mit diesen Fragen beschäftigen.

• Eingegangene Schriften und Bücher •

„Die materialistische Geschichtsauffassung“ dargestellt von **Karl Kautsky**. Verlag J. H. W. Dietz Nachf. G. m. b. H., Berlin SW 68, Lindenstr. 3.

Ohne jede Übertreibung wird man behaupten können, daß das neueste Werk von Karl Kautsky zu den hervorragenden Werken des wissenschaftlichen Sozialismus gehört, das seit Karl Marx' Kapital erschienen ist. Die sozialistische Literatur aller Sprachen besitzt kein irgendwie erschöpfendes und wertvolles Werk über die materialistische Geschichtsauffassung. Selbst Marx, der in seinen wissenschaftlichen Werken die Methode der materialistischen Geschichtsauffassung in glänzender Weise angewandt hat, hinterließ uns nur eine kurze Darstellung dieser Theorie, die auf einer großen Druckschrift Platz finden konnte. Nun hat Karl Kautsky, der bedeutendste Schüler von Karl Marx, der sich seit Jahrzehnten mit den Problemen der materialistischen Geschichtsauffassung befaßt hat, ein umfangreiches Werk von 2000 Seiten über diese Theorie herausgegeben. — Der erste Band, der mit einem ausgezeichneten Bild von Kautsky geschmückt ist, hat den Untertitel „Natur und Gesellschaft“, während der zweite Band den Untertitel „Der Staat und die Entwicklung der Menschheit“ trägt. Ist der 1. Band in höherem Maße philosophisch und naturwissenschaftlich, daneben freilich auch die Rasse, die Technik und Ökonomie behandelt, so untersucht der zweite Band das Werden des Staates und der Klassen, die Wirkungen und die ersten Formen des Staates, den Staatsstaat und den kapitalistischen Industriestaat, weiter die Aufhebung der Klassen und des Staates, wir finden wieder behandelt die Marx'schen Darlegungen der Triebkräfte der gesellschaftlichen Entwicklung. Der zweite Band und damit das ganze Werk schließt mit Darstellungen über das Individuelle der Geschichte, über das Ziel des gesellschaftlichen Prozesses. — Wir sind stolz, daß dieses bedeutende Werk aus der deutschen Sozialdemokratie hervorgegangen ist, und wir sind davon überzeugt, daß diejenigen, die dieses Werk durchgearbeitet und seinen Inhalt in sich aufgenommen haben, große Befriedigung empfinden und im Sozialismus gefestigt sein werden. Die Kunst Karl Kautsky's, schwere Probleme in gemeinverständlicher Weise darzulegen, ist ihm auch bei diesem Werke, der Frucht jahrzehntelanger mühsamer Arbeit und der Beherrschung einer weltgeschichtlichen Literatur vollkommen gelungen.

Jahreskalender „Mutter und Kind“ 1928, herausgegeben von Adele Schreiber im Hippokrat-Verlag, Stuttgart; mit Schreibraum für das „Tagebuch der Mutter“ und Sammelmappe, 108 Blätter, zum Teil farbig, doppelseitig bedruckt, mit je einem Bild und Text. Format 19x24 Zentimeter. Preis 2,80 Mk.

„Jedes deutsche Kind hat ein Recht auf Erziehung zur leiblichen, seelischen und gesellschaftlichen Tätigkeit.“ Diesen ersten Satz des Reichs-Jugendwohlfahrtsgesetzes könnte man als Motto über diesen Kalender legen, dessen Herausgabe trotz der Unzahl von Kalendern, die schon auf dem Markte sind, doch sehr zu begrüßen ist. Auf 108 zum Teil farbigen Kalenderblättern (je ein Blatt für den Sonntag und je eines für die Wochentage zusammen) wird in wohl abgewogenen Portionen der Mutter und dem Erzieher eine Fülle des Wissenswerten, Praktischen und Schönen aus dem weiten Fragegebiete Mutter und Kind dargeboten. Namhafte Erzieher kommen über moderne Erziehungs- und Unterrichtsfragen zu Worte; die Herausgeberin gibt eine Anzahl knapper, lebensvoller Darstellungen „großer Erzieher“, z. B. über Pestalozzi, Frobel, Montessori u. a. Anerkannte Ärzte geben wertvolle Ratschläge für alle Lebensalter des Kindes und der Erwachsenen, wobei auch die psychische Seite der Gesundheitspflege in ihrer besonderen Bedeutung für eine verantwortungsvolle Erziehung berücksichtigt ist. Den Reize im öffentlichen Leben bedrängenden Fragen des Fürsorge- und Wohlfahrtswesens ist manches Blatt eingeräumt. Die Auswahl der Bilder ist zugleich nach sachlichen und künstlerischen Gesichtspunkten getroffen; gute Wiedergaben klassischer Kunstwerke neben modernen Photoaufnahmen, Bilder, die nur auf die seelischen Beziehungen abgestimmt sind, neben Darstellungen des realen Lebens. Die originelle Verbindung mit einem „Tagebuch der Mutter“, für das auf jedem Blatt freier Schreibraum gelassen ist, darf nicht unerwähnt bleiben wie auch die Beigabe einer Sammelmappe und eines Sachverzeichnis, wodurch das Sammeln der Blätter und das Auffuchen bestimmter Texte außerordentlich leicht gemacht wird. Wie manche Mutter kann sich so bei dem wirklich billigen Preise des Kalenders mit der Zeit eine kleine, aber brauchbare und, man möchte sagen, erlebte Bibliothek aneignen! — Der große Gesichtspunkt, unter dem der Kalender steht, ist der: „In unsern Kindern liegt die Zukunft unseres Volkes“; je gesünder an Leib und Seele das heranwachsende Geschlecht ist, desto eher kann es die Aufgaben lösen, die auf dem Wege zu einer lebendigen deutschen Volksgemeinschaft liegen. Dazu trägt ohne Zweifel der Kalender „Mutter und Kind“ ein wesentliches Stück bei.

„Landarbeiter-Archiv“. Herausgeber: Deutscher Landarbeiter-Verband. Schriftleiter: Walter Kwasnik. Verlag Enckebaus G. m. b. H., Berlin SW 48. Einzelhefte 2 Mk., Bezugspreis für ein Jahr (6 Hefte) 10 Mk.

Heft 6 hat folgenden Inhalt: Seht Jahre Sowjetwirtschaft; Die agrarpolitischen Leitsätze der Zentrumspartei, der Deutschen Volkspartei und der Deutschvölkischen Freiheitsbewegung; Von der Gefährdung

zur Vorläufigen Landarbeitsordnung; Neuere Zahlen über das landwirtschaftliche Genossenschaftswesen in Deutschland; Die Verschuldung der deutschen Landwirtschaft; Die Mechanisierung der deutschen Landwirtschaft; Die Viehhaltung im Deutschen Reich nach der landwirtschaftlichen Betriebszählung 1926; Landarbeiterlöhne im Juli, August und September 1927 und die erzielten Barlohnzulagen vom 1. Januar bis 30. September 1927; Ober- und Freischweizerlöhne nach dem Stand vom Mitte Juli 1927; Die Wirtschaftslage, Wirtschaftszahlen, Tagungen; Neue Schriften.

J. Kuczynski: Der Staatshaushalt. Ein Beitrag zur Erkenntnis der Struktur des kapitalistischen und des kommunistischen Staates. Umfang 48 Seiten Großoktao. Preis kart. — 90 Mk., E. Laubsche Verlagsbuchhandlung G. m. b. H., Berlin W 30.

Maßb unterm Fenster. Op. 14. Vier Sätze für 2 Violinen, Klarinette, Fagott und Kontrabaß, von Karl Kraft. Volksvereins-Verlag M.-Glabbach. Preis Part. 2,50 Mk., Stimmen je 0,20 Mk.

Ein Epithwegständchen intimster Art. Schon die Zusammenstellung der Instrumente ist originell. Im ersten Satz beginnt die fünfspannige Kampanel ihre Anwesenheit jählich kundzugeben, spielt dann im zweiten zu einem lebhaften Menuett auf, bei dem die Klarinette eine brollige Pflaunderschelle hat, kommt auf den eigentlichen Sinn ihres Tuns mit den drei Variationen über die Volksweise „Schöner Abendstern“, um dann mit dem vierten Satz einen fröhlichen Rehrans draufzugeben. Das Werklein ist voller Stimmung und Melodie und voll unbeschwerter Fröhlichkeit, dabei leicht bis allerhöchstens mittelschwer, ein Prachtstück fürs häuslich gemeinsame Musizieren, wie auch, bei Gelegenheit auch einmal wirklich „unterm Fenster“ zu spielen.

Stehen Marienlieder für Frauenquartett a capella von Erich Anders. Im Volksverlags-Verlag J. M. Glabbach. (Sammlung Musicals orange Heft 17.) Preis kart. (11 S.) 2,50 Mk., Stimmen je 0,20 Mk.

Die Musikantenglöde. Aus dem Inhalt des achten Festes: Rolf Gordiner, Wintersonnenwende in Nordengland. Georg Götz, Alle Volkstänze. Friedrich Blume, Glada Reusner. Fritz Jöde, Die freie zweite Stimmung. Beilage: „Der Kreis“ Elsehart Pfannenstiel, Vom rechten Eingen. Fritz Reusch, Melodienentfaltung im Liede. Roten-Beilage, „Lose Blätter“ Nr. 99 und 100. „Die Musikantenglöde“ wird herausgegeben von Professor Fritz Jöde und Fr. Fritz Reusch, Charlottenburg 9, Frederichstraße 22. Verlag Georg Kallmeyer, Wolfenbüttel-Berlin. Bezugspreis pro Heft 1,25 Mk., im Jahresbezug 1 Mk.

Salamander Fußarzt

für empfindliche Füße
Der Schuh für Eisenbahner
Gepäckträger und Arbeiter





Salamander

Halbverachtet!
Bei 190 cm Deckenlänge
kostet 1 m nur 2.50 b. 4 Mk.
Das praktische Geschenk für Ge-
burts- und Weihnacht. Hoch-
zeit, Wandervogel, bietet
eine federweiche, imitierte,
ca. 2 und 3 Pfund schwere

Kamelhaardecke

4,80 u. 7,70 Mk. ohne Nach-
nahme. Sammelbest. 10 %.
Rab. Stand u. Dienstst. ang.
Oskar Berndt, Selbstbrenndorf 7/Sa.
Gegr. 1900. Gerichth. eing. Fa.



Verlag des Bibliographischen Instituts, Leipzig

Soeben erscheint
In siebenter, neubearbeiteter Auflage

MEYERS LEXIKON

12 Halblederbände

Über 160.000 Artikel auf 21.000 Spalten Text, rund
5000 Abbildungen und Karten im Text, über 1000 z.T.
farbige Bildertafeln und Karten, über 200 Textbeilagen
Bd. I, II, IV bis VII kostet je 30 Rm., Bd. III 33 Rm.

Sie beziehen das Werk
durch jede gute Buchhandlung
und erhalten dort auch kostenfrei
ausführliche Ankündigungen

Lest die Urania!

Pflanzenmus dick
feines Ztr. 31, —; Eimer 25 Pfd. 8, —; 10 Pfd. 3,50
F) Vierfr.-Harm. 25, —; 10, —; 10, —; 4,20
einsch. Gefäß, Nachn. ab Magdebg. Preisl. grat.
Jaenicke & Richter, Magdeburg 43

Billige böhmische Bettfedern!
Nur reine gutfüllende Sorten

Ein kg. graue, geschliss. M. 3, —
halbweiße M. 4, —; weiße M. 5, —
bess. M. 6, —; 7, —; daunenweiße
M. 8, —; 10, —; beste Sorte M. 12, —
14, —; weiße ungeschliss. M. 7,50
9,50, beste Sorte Mk. 11, — Versand
portofrei, zollfrei gegen Nachn.
Muster frei. Umtausch u. Rücknahme gestattet.
Benedikt Sachse, Lobes Nr. 260 b. Pilsen, Böhmen

**Eisu-Me-
tall-Betten, Kinder-
Stahlmatten, günstig an Private, Berlin,
147 frei. Eisenmöbelfabrik Suhl (Thür.)**

Musik-Instrumente ▶
aller Art in bester Qualität liefert auch
auf Teilzahlung

Clemens Neuber
Musikwaren-Fabrik (F)
Klingenthal i. Sa. 51a

Foto
Apparate
Lehrleichte
Zahlungsweise
Freiwillig kostenfrei
Dresdensia
Kamera-Vertrieb
Dresden A. 24 27
Spezialhaus für Fotografie

Holzbaracken * Holzhallen

auf Abbruch von großer Berliner Baufirma
gegen bare Kasse zu kaufen gesucht.

Angebote an
BAUKAEMPER, Berlin W35
Potsdamer Straße 31



Theater- u. Reiseglas
wie Abbild. mit Etui 3, 25
zum Spottpreis v. M.
Gutgeh. Herren-Tasch. 2, 90
Anker-Uhr... von M. 2, 90
Armband-Uhren für
Herren und Damen 5, 90
von M. 5, 90



Photo-Kamera, 4 1/2 x 6 cm, nur M. 1,20
Photo-Platten, -Kassetten, Füllfeder-
halter, Taschensportboxen usw.
Versand nur unter Nachnahme.
Illustrierter Katalog gratis

Willy Bock, G. m. b. H., Berlin W30 / Gw.

Nervöse

die an Kopf-
schmerz, Herz-
ausregungen,
Schlaflosigkeit,
Magendruck,
usw. leiden, er-
kosten! Rat von
E. Redler, Berlin F
W82, Holtenauerstr. 29a

Sprechmaschinen



auch gegen bequeme
Raten. Alle sonstigen
Musikinstrum.
Nürn-
berger Spielwaren.
Katalog kostenlos
"Hannibal" - Ges., Halle - S., 111

6 Monatsraten
bewilligen wir Beamten u.
langjährigen Angestellten: P.
Schuhe aller Art
Preisliste Nr. 203 gratis.
Offert. A. Stein & Co.
Nürnberg, Rennweg 1

Blumenspenden

Jed. Art liefert frei Haus
preiswert an Partei- u.
Gewerksch.-Genoss.

Paul Golletz

Berlin, Mariannenstr. 3
Amt Montzplatz 10303

Katarre Asthma

(F) usw.
Jeder dankt mir!
Auskult. u. Rückpko
Karl Schulze,
Wernsdorfer - N., Harz 68

Heimarbeitsvergnüht
P. Hoffter, Breslau 11b

Nur Ferge- Spielwaren



Ist der Wunsch all der vielen hundert-
tausend Kinder, die unsere Ware kennen,
Kaufen auch Sie an der Quelle!
Verlangen Sie den soeben erschienenen
Katalog über Puppen- und Spielwaren.
Tausende von Anerkennungsbriefen,
als Reklame, geben wir zu Vorzugs-
preisen je 100 Dutzend nachstehender
Artikel ab unter Nachnahme:

6346/1/50 **Hübsches Sitzbaby** mit
selbsttätiger Mamasimme, Schlaf-
augen mit Wimper, 50 cm groß,
Stück 8,40 Mk.

6142/2/52 **Unzerbrechl. Laufpuppe**
mit selbsttätiger Mamasimme, gute
Ausführ., 52 cm groß, Stück 2,30 Mk.

6662/1/60 **Vollkugelhölz. Laufpuppe**
in pa. Ausführ., Wimpernschläfchen,
1a Frisur, 60 cm groß, Stück 9,10 Mk.

6/3 **Wundervolle Künstlerpuppe**,
unzerbrechl., letzte Neuheit mit Mamasimme,
50 cm groß, Stück 11,25 Mk.

W. Ferge & Co.,
Sonnenberg (Thür.)

Alpaca- u. Silber-Bestecke

liefern direkt an Private
6 Monate Kredit
M. Haas & Co., Fabrik feiner
Tafelbestecke, Mettmann 31
Fordern Sie Muster u. Kataloge.

Musik-Instrumente
für Orchester, Schule u. Haus
Großer Katalog umsonst (F)
Teilzahlung gestattet
Max Dörfler, Klingenthal i. Sa. Nr. 36.

Teilzahlung! Katalog frei!

Photogr. Apparate
Katalog A. (F)
Uhren, Goldwaren,
Brillanten, Metallwaren
Katalog B.
L. Römer,
Altona-Othmarschen 12

Vertreter

gesucht für wohlbekanntes Markenrad.
15%, Prov. Erste Referenzen erforderlich.
Event. Musterlager. Angeb. unt. 29 402
an Krieger-Dank G. m. b. H., Annon-
Expedition, Berlin SW 11

Wir bieten Ihnen Vorteile
und liefern an solvente
Käufer auf Kredit
Bestecke Alpaka und
90 Gr. verüb.
25 Jahre Garantie!
Verlangen Sie Katalog od. Muster
Poetters & Schäfer GmbH, Darmen 27
Metallwarenfabrik 33 jährl. Bestehen

Größte Produktion der Welt!

